



E. 1908.

**VÖLKER=  
VERSÖHNENDE  
FRAUENARBEIT  
WÄHREND DES  
WELTKRIEGES**

42902

Herr HEINRICH EHMSSEN hat uns auf unseren besonderen Wunsch eine Jugendarbeit als Titelblatt zur Verfügung gestellt. Ehmsen hat durch Militär- und Infanterie-Frontdienst sein künstlerisches Schaffen sechs Jahre unterbrechen müssen. Mit einer Gesamtausstellung in München Ende 1920 wird der schon seit 1910 in der fortschrittlichsten, künstlerischen Bewegung stehende 32jährige Künstler zum ersten Male an die Öffentlichkeit treten.

# Völkerversöhnende Frauenarbeit während des Weltkrieges

Juli 1914 — November 1918

Herausgegeben von der  
Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit / Deutscher Zweig  
(Früher: Deutscher Frauenausschuss für dauernden Frieden)

Zu beziehen durch die Geschäftsstellen:

Hamburg, Paulstr. 9II  
München, Kaulbachstr. 12 Ghs. I  
Stuttgart, Schottstr. 42

Preis M. 2.—

München 1920  
Buchdruckerei B. Heller, Herzog-Maxstrasse 4



A47902

k 4481 FES31.0876

# Vorwort

Es ist eine höchst merkwürdige Erscheinung, die man während des Weltkrieges in fast allen Ländern beobachten konnte, daß in der Presse, in der Literatur, beim politischen Kannegießern wieder und wieder den Frauen die Schuld dafür vorgeworfen wurde, daß es zum Kriege gekommen sei. Ausgerechnet den Frauen, die man in der Familie, in Beruf und Gewerbe, in Staat und Gemeinde immer als den inferioren Teil der Menschheit betrachtete, als urteilslos, als energielos, als unfähig zu führen, zu verwalten, ja als unfähig für sich selbst und über ihre eigenen Angelegenheiten zu entscheiden und dementsprechend ihnen eine sozial und gesetzlich völlig einflußlose Rolle zuteilte.

Der Anklagen gegen die Frauen sind unzählige, daß sie den Ausbruch des Weltkrieges nicht verhinderten, dessen Verlauf nicht abkürzten, seine Beendigung nicht erzwangen. Wem es an ausreichenden Gründen so schwerer Beschuldigungen gebricht, der nimmt seine Zuflucht dazu, zu erklären, daß die Passivität der Frauen an Allem schuld sei. Es ist höchste Zeit, darzutun, daß solche Anklagen jeder berechtigten Begründung entbehren.

Die Struktur der sogenannten modernen Kulturstaaten von 1914, die Presse, Kapitalismus, die alles beherrschenden Militärbehörden und der militärische Geist machte es den Frauen nicht nur unmöglich, ihrem natürlichen, jeder Vernichtung von Menschenleben abholden Instinkt Einfluß zu verschaffen, sondern dieser militärische Männerstaat zwang die Masse der Frauen ihrem Wesen zuwider in seine Richtung. Diejenigen Frauen aber, die sich davon freizuhalten wußten, ließen, ohne auch nur den geringsten Einfluß zu haben, nichts unversucht, um die Beendigung des Weltkrieges zu beschleunigen, für dessen Ausbruch sie bei der damaligen und heutigen Beschaffenheit der Staaten keine Verantwortung treffen und den sie nicht verhindern konnten. Abgesehen davon, daß damals in allen in Betracht kommenden Ländern die Frauen nicht einmal die theoretisch maßgebende — praktisch freilich gegenüber der Militärgewalt völlig belanglose — Handhabe der politischen Gleichberechtigung hatten.

So lange die Majorität der Männer der Überzeugung ist und jede Generation wieder in gleichen Anschauungen erzieht, daß die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen den Völkern, daß sogar jede neue Staats-

form nur durch Waffengewalt zu erzwingen ist, so lange der Grundsatz: „Macht geht vor Recht“ der herrschende bleibt, ist ein erfolgreicher Einfluß der Frauen auf die Gestaltung der Dinge im Staate ausgeschlossen, denn die Frauen sind jeder militärischen Brutalität gegenüber, gleichviel in welcher Form sie auftritt, machtlos, sie werden physisch und psychisch von ihr erdrückt, überrannt. Nicht etwa als ob diese brutale Gewalt ihnen imponierte, im Gegenteil, sie ekelt sie an und die gesunden, normalen Frauen schätzen sie ganz richtig als das ein, was sie ist, nämlich: als Unfähigkeit der Männer, das Leben der Völker durch Vernunft und Geist zu regeln und menschenwürdig zu gestalten.

Nur Umgestaltung des Grundsatzes: „Macht geht vor Recht“, gibt den Frauen die Möglichkeit, ihren lebensbejahenden Neigungen gemäß die Welt zu beeinflussen, zu gestalten, die Kultur und Leben vernichtenden Kriege unmöglich zu machen.



# Internationales

Wenige Tage nach Ausbruch des Weltkrieges 1914 versuchten einige deutsche Frauen mit Hilfe von Schweizer Frauen die Frauen der Welt zusammenzurufen, um gegen den Krieg und seinen Massenmord zu protestieren, seine Beendigung unverzüglich zu fordern. Sie erfuhren, daß sich auch in anderen Ländern, England, Holland usw. Frauen zu gleichem Tun verständigt hatten.

Infolge der Kriegszustandgesetze, der in Kriegszeiten in allen Ländern bestehenden Verkehrs- und Paßschwierigkeiten und anderen militärischen und politischen Hemmungen gelang es trotz eifrigsten Bemühens von allen Seiten erst Anfang Februar 1915 Frauen aus kriegführenden und neutralen Ländern in Amsterdam zu einer Besprechung zusammenzuführen.

Die Verhandlungen waren vom Geiste größter Einmütigkeit getragen. Meinungsverschiedenheiten wurden in Sachlichkeit beigelegt. Die Frauen besaßen genügendes politisches Verständnis und internationalen Takt, die Schuld am Kriege keiner Erörterung zu unterziehen, zumal ein endgültiges Urteil zur damaligen Zeit gar nicht möglich gewesen wäre.

Unter dem Eindruck der deutschen Invasion in Belgien, mit ihrer unmenschlichen Kriegführung, ihrer brutalen Landesbesetzung, erklärten die belgischen Frauen im letzten Augenblick vor der Eröffnung der Konferenz, daß es über ihre Kräfte ginge, mit deutschen Frauen in einem Raume zu verweilen. Die deutschen Delegierten, — trotzdem sie damals keine Ahnung von dem Umfange der vom deutschen Militär in Belgien verübten Verbrechen hatten — fühlten sich dadurch nicht etwa beleidigt, sondern sie brachten solchen Gefühlen volles Verständnis entgegen und trugen ihnen Rechnung. Ihr Verhalten brachte es dahin, daß, als auf Zureden der holländischen Frauen, die belgischen doch an den Verhandlungen teilnahmen, schon nach wenigen Stunden jedes Gefühl von Bitterkeit verschwunden war. Belgische und deutsche Frauen besiegelten mit warmem Händedruck ihre treue Kameradschaft.

Man trennte sich mit dem Beschlusse, Ende April einen internationalen Frauenkongreß einzuberufen, stellte dafür ein vorläufiges Programm zusammen, beauftragte die holländischen Frauen, die nötigen Vorbereitungen zu treffen und Einladungen an Frauen aller Länder ergehen zu lassen. Die Frauen, die in Amsterdam zusammen waren, hatten das Bewußtsein, daß es trotz des von Männern proklamierten Kriegszustandes zwischen Frauen der verschiedensten Nationen keinerlei Kriegszustand gab, sondern, daß sie alle fest miteinander verbunden waren durch internationales Denken und warmes Empfinden reiner Menschlichkeit. Alle zeigten den festen Willen, nationalen Egoismus zu bannen, Unrecht zu verurteilen, wo es sich immer zeigte, brutale Gewalt zu bekämpfen und dem Rechte die Wege zu weisen.

Durch die ganze Trostlosigkeit des Kriegserlebens niedergedrückt, waren die Frauen nach Amsterdam gekommen, innerlich gehoben durch den Geist warmer Menschlichkeit, der dort die Verhandlungen beherrschte und mit der Erneuerung freundschaftlicher Beziehungen kehrten sie heim und gingen mit neuer Kraft und frischem Mut sofort an die Vorbereitungen zum Internationalen Kongreß. Bald aber zeigten sich in den meisten Ländern Hindernisse. Chauvinistische, vom männlich-militärischen Geiste durchseuchte Frauen, denen die Kriegspsychose das Empfinden wahrer Weiblichkeit getrübt hatte, scheuten sich nicht, alle Menschen, die in dieser Zeit internationale Beziehungen pflegten, als Vaterlandsverräter zu brandmarken, daß sie damit in der durch Presse und Militär verhetzten Bevölkerung tatkräftige Unterstützung fanden, ist selbstverständlich, desgleichen, daß die Presse ihnen ihre Spalten weit öffnete. Die international pazifistisch gerichteten Frauen schreckte das nicht, ihr Wille war stark, ihre Überzeugung fest, sie schwankten nicht, sondern sie gingen gerade auf ihr Ziel los.

Es folgte der Internationale Frauenkongreß vom 28. April bis 1. Mai 1915 im Haag.<sup>1)</sup> 13 Länder waren vertreten: Belgien, Kanada, Dänemark, Deutschland, Großbritannien, Holland, Irland, Italien, Norwegen, Österreich, Schweden, Ungarn und die Vereinigten Staaten.

Der Zweck des Kongresses war ein dreifacher: Er sollte einen Protest der Frauen gegen den Krieg und seine Menschenschlächtereie darstellen, er sollte der Stimme der Frauen in der Politik mehr Gehör erwirken, er sollte versuchen, das Ende des Krieges herbeizuführen.

Die Erörterungen über die Verantwortlichkeit am Kriege, die Art seiner Führung und Resolutionen, die die Regelung künftiger Kriegführung betrafen, waren von den Kongreßverhandlungen ausgeschlossen. Der Verlauf des Kongresses wurde von keinem Mißton getrübt, die Frauen wußten sich einig in ihren Zielen, Forderungen und Wünschen und legten diese in Resolutionen nieder, die heute als „Haager Beschlüsse von 1915“ bekannt sind.

Diese Haager Beschlüsse stießen damals in verschiedenen Ländern z. B. in Holland, dann ganz besonders in Deutschland auf wenig Verständnis, sie schienen aber vielen unbequem zu sein. Man verfuhr deshalb nach dem bekannten Grundsatz: „Lächerlichkeit tötet“, veranstaltete in der Presse eine Hetze gegen die deutschen Besucherinnen im Haag und verhöhnte die dort gefaßten Beschlüsse.

Heute, nachdem Deutschland besiegt darniederliegt, haben dieselben Männer und Frauen, die damals nicht Worte genug der Schmähungen fanden, sich längst zu dem Inhalt der Haager Beschlüsse<sup>2)</sup> bekannt, — allerdings unter dem Namen der „14 Punkte Wilsons“ — sie verfechten sie tatkräftig, sehen in diesen Grundsätzen die einzige Lösung,

<sup>1)</sup> Bericht des Internationalen Frauenkongresses vom April 1915. Zu beziehen durch das Bureau der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, Genf. 19. Bd. Georges Favon. Preis Mk. 2.50.

<sup>2)</sup> Haager Beschlüsse. Zu beziehen durch die Geschäftsstelle München der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, Deutscher Zweig. Kaulbachstraße 12 Ghs. I. 19 S. Preis 50 Pfg.

um in Zukunft Kriege zu vermeiden und einen Wiederaufbau Europas zu ermöglichen.

Der Inhalt der Haager Beschlüsse, welche die Frauen im Mai 1915 faßten, hat notorischerweise Anregung und Grundlage für Wilsons bekannte Vorschläge geboten. Als nämlich Jane Addams vor Wilsons Reise nach Europa eine Unterredung mit ihm hatte und auf die Arbeit der Frauen im Haag hinweisen wollte, sagte Wilson: „O, über Ihren Kongreß im Haag bin ich unterrichtet“ und zog gleichzeitig ein Exemplar der ihm damals von der Deputation des Kongresses überreichten Haager Beschlüsse aus seiner Tasche, welches merklich zerlesen und abgegriffen war und die offenbaren Spuren eifriger Benutzung aufwies.

Dieses Vorkommnis ist abermals ein Beweis dafür, wie verschieden die Betätigung von Männern und Frauen eingeschätzt und aufgefaßt wird und wie dementsprechend die Wirkungen auch verschieden sind. Als Frauen 1915 weitblickend ihre Forderungen aufstellten, um die Welt aus dem Chaos des Wahnsinns zur Vernunft zurückzuführen, wurden sie verhöhnt, verlacht, ihre Unfähigkeit, politisch zu denken und zu handeln an den Pranger gestellt, als einige Jahre später ein Mann dieselben Forderungen proklamierte, jauchzte ihm die Masse aus allen Ländern zu und feierte ihn wie einen Erlöser.

Ja, Bauer, das ist ganz was anderes!

Besonders kennzeichnend in diesem Sinne ist die Haltung Dr. Gertrud Bäumers und des Vorstandes des Bundes Deutscher Frauenvereine, dessen Vorsitzende Dr. Bäumer während des Krieges war. Ihr Urteil über den Kongreß und seine Bedeutung ist so charakteristisch für Geist und Gesinnung der Vielen, auf deren Einverständnis sie zählen durfte, daß wir es an dieser Stelle abdrucken und der Erinnerung aufbehalten wollen. Sie schrieb in der „Frauenfrage“ vom 1. IX. 1915:

„Die Besucherinnen des Kongresses versichern, daß er ein „glänzender Erfolg“ gewesen sei. Fr. Dr. van Dorp urteilt etwas anders. Sie sagt: Wenn man sagt, daß die Behandlung der verschiedenen Gegenstände auf dem Kongreß dilettantisch war, so ist das schwach ausgedrückt . . . Ich verüble niemand, wenn er von Völkerrecht, Freihandel usw. nichts weiß, aber dann soll er schweigen. In dieser grausam ersten Zeit mit naiver Unwissenheit ein bißchen über die verwickelten Fragen hin- und herreden und dann erklären, daß man ein historisches Ereignis inszeniert habe — ja, da kann man nur wiederholen, was ich immer wieder von neuem um mich herum sagen hörte: Diese Frauen haben nicht die geringste Ahnung von ihrer eigenen Oberflächlichkeit. Fr. Dr. van Dorp ist uns ein um so vertrauenswürdiger Zeuge, als dieser Charakter des Kongresses aus dem Entwurf der Resolutionen durchaus abzulesen war und durch ihre endgültige Fassung keineswegs getilgt ist. Und darum — selbst wenn wir der Idee des Kongresses hätten zustimmen können — an der Ausführung auf dieser Basis uns zu beteiligen, hätten wir noch immer ablehnen müssen.“

Den theoretischen Verhandlungen der Frauen im Haag folgte die praktische Arbeit. Die Frauen kehrten zurück, gründeten daheim nationale Ausschüsse für dauernden Frieden, um den Frauen ihres Landes den Sinn für internationales Denken zu schärfen, für Völkerverständigung zu wirken und nichts unversucht zu lassen, was einen baldigen Frieden herbeiführen könnte. Eine Anzahl von Frauen, nämlich: Jane Addams, Dr. Aletta Jacobs, Rozika Schwimmer, Christal Macmillan, Emily Balch, Jacoba Ramondt, Ellen Palmestierna und Signora Genoni wurden als Delegierte des Kongresses im Haag an die Regierung folgender Länder entsandt: Holland, England, Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien, Belgien, Frankreich, Dänemark, Norwegen, Schweden, Rußland und die Vereinigten Staaten von Amerika. Sie wurden in Holland vom Ministerpräsidenten Cort van der Linden empfangen, in England vom Ministerpräsidenten Asquith und Minister des Auswärtigen Grey, in Deutschland von dem damaligen Reichskanzler Bethmann-Hollweg und zweimal vom Staatssekretär des Auswärtigen von Jagow, in Österreich vom Minister des Äußern von Hoffmann, in der Schweiz vom Bundespräsidenten Motta, in Italien von Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen Sonnino und Salandra, auch vom Papst, bei letzterem jedoch nicht im Auftrage des Kongresses. In Belgien von d'Avignon, in Frankreich vom Minister des Auswärtigen Delcassé und von Viviani, in Dänemark vom Minister des Äußern Scavenius und vom Premierminister Zahle, in Norwegen von König Hakon, vom Minister des Äußern von Ihlen, den vier Präsidenten des Storting, sowie vom Ministerpräsident Knudsen, in Schweden vom Minister des Äußern von Wallenberg, in Rußland vom Minister des Auswärtigen Sassanow und in den Vereinigten Staaten vom Präsidenten Wilson.

Die Frauen überreichten die Haager Beschlüsse und versuchten, zwischen den Regierungen der kriegführenden Länder zu verhandeln, zu diesem Zwecke hatten sie in einigen Ländern, so in England, in Deutschland und in den Vereinigten Staaten wiederholte Audienzen. Nirgends verweigerte man den Frauen den Empfang, sie fanden anscheinend volles Verständnis für ihre Forderungen, die Männer, ganz besonders König Hakon von Norwegen, ließen sich in längere Auseinandersetzungen mit den Abgesandten ein, sodaß die Frauen Gelegenheit hatten, ihre Ansichten über den Krieg, die politische Lage, die unfreie und ungerechte Stellung der Frau usw. eingehend klarzulegen. Überall interessierte man sich für ihre Mission, versicherte sie der wärmsten Sympathie, und — dabei blieb es. Einige der Männer mag das Neue gereizt haben, denn es war etwas Neues, daß Frauen der kriegführenden und neutralen Länder sich einmütig zusammenfanden, von Land zu Land reisten, um von den Regierungen die sofortige Beendigung der Menschenschlächtereie zu fordern und Vorschläge machten, um ein vernünftiges Zusammenleben der Völker zu ermöglichen; — Andere zeigten tatsächlich den ernstesten Willen, den Forderungen der Frauen näher zu treten. Wie war es möglich, daß diese Mission ohne jeden Erfolg blieb? Die Öffentlichkeit erfuhr kaum etwas davon, Militarismus, Presse und Kapitalismus, Kapitalismus, Militarismus und Presse, sie sind ja mehr oder weniger eins

und hatten — besonders der Militarismus — damals gar kein Interesse an der Beendigung des Krieges. Was ging es sie an, ob ganze Völker weiter dahin geschlachtet wurden, wenn ihnen nur kein materieller Gewinn, kein militärischer Ruhm verloren ging. Was haben denn überhaupt die Regierungen und mögen es die „demokratischsten der Welt“ sein, zu sagen, wenn Krieg herrscht, sie sind lächerlich-bedeutungslose Staffage, Marionetten des Militarismus. Und dann — es waren nur Frauen, welche die Beendigung des Krieges und friedengarantierende politische Reformen verlangten. Das Militär kennt Frauen nur als Geschlechtswesen und die Zivilregierungen hatten, selbst wenn sie guten Willens gewesen wären, keine Macht, die Forderungen der Frauen durchzusetzen.

Jane Addams schrieb über die Besprechungen mit den Regierungen in der Zeitschrift: „Neue Wege“ im November 1915:

„Die Delegierten waren in dem Zimmer des Premierministers eines europäischen Staates. Nachdem sie ihre Vorschläge zur Beendigung des Krieges vorgebracht hatten und der Premierminister im Schweigen verharrte, sagte Jane Addams: „Es mag Ihnen sehr närrisch vorkommen, daß Frauen in dieser Mission umherziehen; aber schließlich ist die Welt so seltsam in dieser neuen Kriegslage, daß unsere Mission vielleicht nicht seltsamer und närrischer ist, als alles übrige“.

Da schlug er mit der Faust auf den Tisch: „Närrisch?“ sagte er, „durchaus nicht. Dies sind die ersten vernünftigen Worte, die seit 10 Monaten in diesem Zimmer gesprochen worden sind. Die Tür öffnet sich von Zeit zu Zeit, Leute kommen und sagen: Herr Minister, wir müssen mehr Soldaten haben, wir müssen mehr Munition haben, wir müssen mehr Geld haben. Und nun öffnet sich die Tür und es kommen Frauen und sagen, Herr Minister, warum nicht durch Verhandlungen statt durch Krieg die Sache zu Ende bringen? Das sind die wirklich vernünftigen Leute.“

Aber soviel Vernunft, den Vorschlägen dieser Frauen zu folgen, war in den von Männern regierten Staaten unter militärischer Oberhoheit, wie die Tatsache bewiesen hat, nicht aufzubringen!

So verlief der Haager Frauenkongreß ohne greifbare Wirkung, was nicht verhindert, daß er in der Geschichte als eine Tat der Frauen, eine Tat schöner Menschlichkeit, wahrer praktischer Vernunft und weitschauender Voraussicht bestehen bleibt und den Beweis erbringt, daß es höchste Zeit ist, daß die Völker sich wieder gewöhnen, der Stimme der Frauen im öffentlichen Leben rechtzeitig Gehör zu geben, damit endlich wieder schöpferische Kraft, Vernunft, Geist, Menschlichkeit und Liebe die Oberhand gewinnen und den Völkern ermöglichen, sich wahren Kulturaufgaben zu widmen.

Wieviel Unheil, Brutalität, Vernichtung wahrer Kulturschätze, Verrohung der Menschheit wäre der Welt erspart geblieben, hätte man 1915 dieser Stimme der Frauen gefolgt.

Im Verlauf der nächsten Kriegsjahre wurde von den Frauen der verschiedenen Länder wiederholt angeregt, abermals zusammen zu kommen, um nochmals zu versuchen, auf den Verlauf des Krieges Einfluß zu gewinnen. Die Schweiz, Holland und Dänemark erklärten sich bereit,

alle Veranstaltungen dafür zu treffen, aber sämtliche Versuche scheiterten. In einem Schreiben aus Holland 1916 an eine amerikanische Frau heißt es: „Ihren Brief vom 30. Mai habe ich erhalten. Wir sind sehr traurig, Ihnen sagen zu müssen, daß die Abhaltung eines Kongresses ausgeschlossen ist. Holländische Frauen bekommen keinen Paß, um durch Deutschland zu reisen, englische Frauen können nicht kommen, französische und italienische Frauen können auch nicht kommen. Die deutschen Frauen bekommen unsere Briefe und Depeschen überhaupt nicht, diese könnten wir also nicht einmal verständigen, daß ein Kongreß stattfinden soll.“

Wiederum versuchten einzelne Frauen in den verschiedenen Ländern den Gang der Ereignisse in ihrem Sinne zu beeinflussen. Keine Mühe war ihnen zu groß, kein Opfer zu schwer, sie durchkreuzten wiederholt unter Lebensgefahr den Ozean, um einflußreiche Männer für die Beendigung des Krieges zu gewinnen und Amerika von der Beteiligung am Weltkriege fernzuhalten. Sie appellierten wiederholt an die neutralen Mächte, durch einmütiges kraftvolles Zusammengehen die kriegführenden Länder zur Vernunft, d. h. zur Beendigung der Feindseligkeiten zu zwingen. Sie wurden dafür verfolgt, landesverwiesen, der Freiheit beraubt usw. Kapitalismus und Wahnsinn, Unmenschlichkeit und Dummheit feierten unter militärischer Oberhoheit weiter ihre Orgien und richteten die Völker der alten und neuen Welt zugrunde. Die Stimme der Vernunft, die Stimme der Frau verhallte ungehört.

1919. Der Weltkrieg war beendet. Im Mai fanden sich in Zürich, treu den Haager Beschlüssen, die Frauen des Internationalen Frauen-Ausschusses für dauernden Frieden zusammen, der während des Krieges auf 21 angeschlossene Länder angewachsen war, um gemeinsam zu beraten, wie man der Völkerversöhnung am besten die Wege bahnen kann, wie man die kommenden Generationen im Sinne internationaler Gemeinschaft erzieht. Die Frauen-Ausschüsse für dauernden Frieden wurden in eine „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“<sup>3)</sup> umgewandelt, diese wird hoffentlich ihr Ziel erreichen, eine Weltanschauung zu verbreiten, welche die Völker zu den Höhen führt, wo Menschlichkeit, Vernunft und Recht regieren an Stelle von Militarismus, Ausbeutung und Gewalt, wo Frauen und Männer vereint schaffen, wo man die schöpferischen Kräfte der Frauen und ihre lebensbejahenden Instinkte sich wieder auswirken läßt zum Heile der Menschheit. Über den Kongreß in Zürich wird in einem zweiten Buch ausführlich berichtet werden.



<sup>3)</sup> Bericht des Internationalen Frauenkongresses, Mai 1919. Enthält: Beschlüsse, Reden, Debatten usw., wie 12 Bilder und reichhaltiges internationales Adressenmaterial. 300 S. Preis Mk. 6.—. Zu beziehen durch den Verlag: Friede durch Recht, Stuttgart, Werfershalde 18.

# Pazifistische Frauen während der Kriegsjahre in Deutschland

Es gab in Deutschland vor 1914 viele Frauen, die Kriege unter den sogenannten Kulturvölkern als eine überwundene Tatsache betrachteten. Man mag sie Idealisten, Ignoranten, oder wie immer man will, nennen, die Tatsache ist nicht aus der Welt zu schaffen, daß sie vorhanden waren. Für diese Frauen bedeuteten die ersten Augusttage 1914 einen völligen Zusammenbruch alles dessen, was Menschlichkeit, Freiheit, Geist, Güte und Schönheit umschlossen. Gewiß, es waren nur wenige wahrhaft innerlich überzeugte Pazifisten in den ersten Augusttagen 1914, aber diese Wenigen litten unmenschliche, seelische Qualen. Abgeschnitten von der Welt, durch nichts verbunden mit der eigenen Nation, dem Hohn und Spott ihrer Umgebung preisgegeben, verlassen von Freunden, Bekannten und Verwandten, waren sie einsam, einzeln zerstreut unter den über 60 Millionen zählenden Einwohnern des Deutschen Reiches. Es gab nicht eine Partei, nicht eine Körperschaft, nicht eine Männer- noch Frauenorganisation, die in ihrer Gesamtheit von wahrhaft pazifistischer Gesinnung durchdrungen gewesen wäre und als solche öffentlich gegen das Verbrechen des Krieges Protest erhoben hätte. Man erinnere sich daran, daß sämtliche Abgeordnete des Deutschen Reichstages, Liebknecht mit inbegriffen, dem Kaiser durch Handschlag gewissermaßen ihre Zustimmung zum Kriege gaben. So einsam, verlassen, waren die wenigen Pazifisten völlig machtlos, ohne jede Bedeutung und diejenigen, die gegen sie den Vorwurf erheben, daß bei ihrer pazifistischen Gesinnung Schweigen ein Verbrechen gewesen sei, liefern nur den Beweis, daß sie von den in Deutschland bei Kriegsausbruch herrschenden Zuständen auch nicht die geringste Ahnung haben. Es war ein Jubel, ein Taumel, wie die damals lebende Generation ihn überhaupt noch nicht erlebt hatte. Deutschland war wie ein Ameisenhaufen, wo alles genau mit maschineller Exaktheit auf einen Punkt eingestellt ist: Das deutsche Volk, sonst zerrissen, fühlte sich plötzlich wie ein mächtiger Koloß einig in dem Willen der ganzen Welt zu widerstehen. Alle Unterschiede schienen ausgeglichen; in den Armen lagen sich Junker und Bauer, Pfaff und Freigeist, Kapitalist und Arbeiter, Presse, Parteien und Bevölkerung. Wer es gewagt hätte, gegen diese Einheit aufzustehen, der wäre überrannt, erdrückt, gelyncht worden. Der Versuch wäre dem Gekläff eines winzigen Hundes vergleichbar, der sich lächerlich macht, weil er glaubt durch sein Bellen den dahersausenden Bahnzug zum Stehen zu bringen.

Den Tagen jubelnder Kriegsbegeisterung folgten die Monate ekel-  
erregender Kriegspsychose. Monate, in denen die Presse aller Parteien

die Öffentlichkeit mit ihren verbrecherischen Lügen durchseuchte, die Begeisterung durch die schmachlichsten Mittel wachhielt und die gemeinsten Instinkte in der Bevölkerung aufpeitschte.

Inzwischen war der Belagerungszustand verhängt worden, alle Zivilpersonen waren dadurch der militärischen Macht ausgeliefert, die keine kulturelle Gesinnung respektiert, die kein Recht, sondern nur Gewalt kennt.

Was taten nun die wenigen wahrhaft pazifistischen Frauen, die ohne jeden Zusammenhang ganz vereinzelt im Deutschen Reich waren? Überblicken wir heute ihre Tätigkeit, so ergibt sich, daß diese Frauen ohne jede Verständigung untereinander in gleicher Weise vorgingen, indem sie jede direkte Hilfe für den Krieg instinktiv ablehnten. Ihre Arbeit ist in eine theoretisch-propagandistische und eine praktische zu scheiden. Beginnen wir mit der letzteren. Man versuchte durch Vermittlung der Frauen neutraler Mächte deutschen Angehörigen in feindlichen Ländern Nachrichten zugehen zu lassen und umgekehrt. Diese Arbeit wuchs von Monat zu Monat und mußte von Jahr zu Jahr ausgestaltet werden. Immer neue Gebiete kamen hinzu. Gefangene wurden mit Büchern in ihrer Landessprache versehen, zu Weihnachten wurden sie mit Gaben bedacht; es wurde versucht, militärische Grausamkeiten zu mildern, die völlig sinnlos, ohne jeden Zweck und Zusammenhang mit der Kriegführung standen; z. B. verschleppte Kinder aus den besetzten Gebieten zu ihren Müttern zurückgeführt und deutschen Frauen, die durch Heirat mit Ausländern bei Kriegsausbruch als feindliche Ausländer betrachtet wurden und deren Männer sofort in die Internierungslager wanderten, wurde in größter seelischer und materieller Not Hilfe jeder Art geleistet. Wo immer es möglich und nötig war, war man bereit zu helfen. Diese Arbeit gab denen, die sie leisteten, die Möglichkeit im völkerversöhnendem Sinne zu wirken, Einblick in die Verhältnisse der Länder zu bekommen, in denen Krieg geführt wurde. Was man bei dieser Arbeit an Menschlichkeit und Güte kennen lernte, das versuchte man der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen, doch gelang es leider nur in den seltensten Fällen, denn der Presse war die Aufgabe gestellt, nicht Völkerversöhnung, sondern Völkerhaß zu predigen. Wiederholt mußte der energischste Kampf mit den militärischen Behörden aufgenommen werden, allerdings fanden wir auch hin und wieder Entgegenkommen. In den weitaus meisten Fällen aber versagte man uns jede Hilfe und nicht nur das, man ließ unsere Arbeit, sobald man Kenntnis von ihr bekam, streng überwachen. Diese Überwachung brachte unzählige Schikanen mit sich: Verbote aller Art, Briefzensur, Haussuchungen usw. und führte schließlich zu militärischen Verordnungen, welche die in unserem Sinne geführte Arbeit den Händen Privater entzog und sie dem Roten Kreuz zuwies. So wurde die von Frauen im pazifistischen Sinne eingeleitete Arbeit vom Roten Kreuz, bezw. ausgedienten Militärs, übernommen und von dem Geist, in dem ihre Gründerinnen sie führten, war nach wenigen Tagen nichts aber auch gar nichts mehr zu spüren; es sei denn, wie es in einigen Städten gelang, daß unsere Mitarbeiterinnen sozusagen militärischerseits mit übernommen wurden und daß diese trotz strengen Ver-

botes, trotz der Befürchtung täglicher Denunziation die Angelegenheiten in menschlichen, völkerversöhnenden Sinne weiterführten.

Hier kann nur in großen Zügen ein eng zusammengefaßter Überblick über diese praktische Tätigkeit gegeben werden. Alle Einzelheiten, wie Zahlenmaterial usw. sind in dem Material zu finden, welches im Anhang angegeben ist.<sup>4)</sup>

Ein anderes Gebiet praktischer Tätigkeit war die Beschaffung von Arbeit für Frauen, welche durch den Krieg in Not geraten waren und soziale Hilfe mannigfacher Art. Die Unzulänglichkeit sowohl der Zivil- wie der Militärbehörden auf dem Gebiete sozialer Fürsorge wurde, wo immer man sie antraf, scharf kritisiert und Abänderungsvorschläge an maßgebender Stelle vorgebracht. Es galt vor allem, den Grundsatz des Roten Kreuzes zu bekämpfen, der dahin ging, alle für Kriegszwecke zu leistende Arbeit durch sogenannten freiwilligen Liebesdienst zu beschaffen, wodurch den in Scharen erwerbslos gemachten Frauen die Möglichkeit eines Verdienstes entging.

Bei der Arbeit sozialer Tätigkeit gewann man einen tiefen Einblick in die Seele der Frauen des Volkes, da war nichts zu spüren von dem frenetischen Kriegsjubel der Masse draußen. Es war als ahnten diese Frauen im voraus die ganze Schwere der kommenden Jahre; überall banges Entsetzen, gequältes Stöhnen geängstigter Mütter.

Und warum genannt Ihr nicht diese Frauen zum Protest gegen den Krieg? So fragen wiederum jene, die immer bereit sind, für alle katastrophalen Geschehnisse der Weltgeschichte die Frauen verantwortlich zu machen. Mit jenen Frauen hätte man niemals einen eindrucksvollen, geschweige denn erfolgreichen Protest gegen die Krieg veranstalten können, sie dazu zu mißbrauchen, wäre ein Verbrechen gewesen, man hätte weibliches Kanonenfutter dem militärischen Staate geliefert. Ihre müden Blicke, ihr schleppender Gang, ihr ganzes Gebahren gemahnte an jene Frauen und Mütter, die nur die Last und Mühe des Lebens kennen, die ohne Sonne in Not, Elend und Arbeit erwachsen und stumpf geworden sind, die für die Reichen und Satten frohnden und ausgenutzt werden von den Männern ihres eigenen Standes. Solche Frauen sind wie die geschlagenen Tiere, still und ergeben tragen sie die schwersten Bürden, zum Protest, zur Rebellion sind sie untauglich.

Im Vordergrund stand bei der sozialen Hilfsarbeit immer das Völkerversöhnende. Alle, die mit uns in Berührung kamen, wurden in diesem Sinne beeinflusst. Vielen von uns wurde es aber sehr bald bewußt, daß wir durch unsere Fürsorge den Krieg indirekt unterstützten. Das maßlose Elend der mittellos aus dem Auslande zurückgekehrten Flüchtlinge, der geistig arbeitenden Frauen und der Frauen des handarbeiten-

<sup>4)</sup> Die Eiche. Herausgegeben von Friedr. Siegmund-Schultze. III. Jahrgang, Nr. 3 u. 4, Juli 1915; IV. Jahrgang, Nr. 2 u. 3, Mai 1916. Verlagsbuchhandlung Fr. Zillessen, Berlin.

Ferner Mitteilungen des Deutschen Frauenstimmrechtsbundes, Jahrgang I bis V. Leihweise zu beziehen durch die Geschäftsstelle München d. I. Fr.-L. f. Fr. u. Fr., D. Zw., Kaulbachstraße 12 Ghs. I. Der Deutsche Frstrb. löste sich im Mai 1919 auf; die letzte Nummer der Mitteilungen erschien im Dezember 1918.

den Volkes hatte uns zur Hilfeleistung auf sozialem Gebiete getrieben. Erkennend, daß diese Hilfe eine Verlängerung des Krieges bedeutet, haben viele das Gebiet sozialer Tätigkeit verlassen und wandten sich ausschließlich politischer Tätigkeit zu. Diese hatte allérdings schon gleich bei Ausbruch des Krieges eingesetzt. Es gelang dem unerschrockenen Vorgehen einer Frau in München, in der Nacht nach der Kriegserklärung bis zum bayerischen Kriegsminister vorzudringen. Sie ersuchte ihn um seine Vermittlung, um ein Telegramm an den Zaren zu befördern, der anláßlich seines Friedensmanifestes 1898 Kenntnis von ihrer pazifistischen Tätigkeit erhalten hatte. Sie glaubte, durch ihre Vorstellungen vielleicht den Ausbruch des Krieges hintan zu halten, Zeit zu gewinnen, was damals alles bedeutete. Ihr wurde seitens des bayerischen Kriegsministeriums weitgehende Versprechungen zugesichert, die, wie sich später herausstellte, nicht gehalten worden sind. Die von ihr aufgegebenen Depeschen sind niemals abgeschickt worden.

Am 3. August 1914 richteten zwei Stuttgarter Frauen ein Telegramm an den Deutschen Kaiser, in dem sie im Namen von Millionen deutscher Mütter ihn ersuchten, um seiner so vielfach betonten religiösen Überzeugung willen, der Welt den Frieden zu erhalten. Wie viele Frauen aus eigenem Antriebe in ähnlicher Weise vorgingen, um im letzten Moment noch alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die Welt vor dem fürchterlichsten Kriege zu bewahren, das wird wohl schwerlich jemals festzustellen sein.

Da jede öffentliche Stellungnahme gegen den Krieg ein absolutes Ding der Unmöglichkeit war, versuchten die Frauen in Hamburg, Bremen, Breslau, Frankfurt a. M., München, Stuttgart und anderen Städten, einen Kreis von Gesinnungsgenossen um sich zu versammeln und wo ihnen ein Verein zur Verfügung stand, Mitgliederversammlungen zu veranstalten, in denen pazifistische Themen zur Erörterung standen; dafür kamen aber nur wenige Ortsgruppen des deutschen Frauenstimmrechtsbundes in Betracht: alle Frauenorganisationen, die sozialdemokratischen inbegriffen, waren dem nationalen Kriegstaukel verfallen, oder sie gingen in sozialer Krieghilfstätigkeit auf. Auf diesen Zusammenkünften wurde der Krieg als das bezeichnet, was er ist, das größte Verbrechen der Menschheit. Gegen den Einmarsch in Belgien wurde protestiert und gegen alle Vergewaltigungen und Barbareien der Zivil- und Militärverwaltung wurde, soweit sie zur Kenntnis kamen, schärfster Protest erhoben. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen der Mitglieder, zahlreiche Austrittserklärungen erfolgten, an vielen Orten wurde die Zusammengehörigkeit des Vereins nur noch äußerlich aufrecht erhalten durch die vorhin gekennzeichnete umfangreiche Tätigkeit auf sozialem Gebiete. Wäre diese nicht gewesen, viele der Ortsgruppen hätten nicht 10 Prozent ihrer Mitglieder behalten.

Man blieb, soweit es irgend möglich war, mit den Frauen der neutralen und kriegführenden Länder in Verbindung; im Oktober 1914 wurde durch Mrs. Carry Chapman Catt den Frauen aller Länder nachstehendes Schreiben übermittelt:

Den Frauen aller Nationen warme herzliche Grüße in dieser unheilvollen, blutigen Zeit.

Unter dem Druck des frevelhaft entfachten Krieges, der die Erde verheert und die Völker in Haß und Feindschaft gegen einander hetzt, treibt es uns, die Schwesterhand der Frauen zu suchen, mit denen uns bisher in allen Ländern der Erde das gemeinsame Streben nach dem höchsten Ziele, — persönlicher und politischer Freiheit — innig verband. Wir vertrauen, daß dieses Band der Zusammengehörigkeit selbst durch diesen Krieg nicht zerrissen werden kann.

Wir fühlen uns als deutsche Frauen über den Ereignissen dieser Zeit, getragen von der ruhigen Zuversicht, welche die unerschöpfliche, moralische und physische Kraft unseres Volkes uns verleiht und glauben daher, daß wir die Ersten sein sollten zur Bekräftigung des alten Bundes mit aller Herzlichkeit die Hand zu reichen.

Männer lenken die Geschicke aller Völker.

Der ganze Erdball starrt in Waffen, Europa ist zum Schlachthaus geworden. Unter den Männern hat ein Morden angehoben, wie die Welt noch keines grausiger sah.

Recht wird Unrecht, Unrecht Recht; Gesetze einfacher Menschlichkeit werden mit Füßen getreten, in Blut erstickt.

Krieg ist der fruchtbarste Nährboden für die niedrigsten Instinkte des Menschen, Krieg macht die Menschen zu Barbaren, Krieg läßt Neid, Haß und Verleumdung ihre giftigsten Blüten treiben.

Männer allein lenken die Geschicke ihres Volkes, Männer allein herrschen über Krieg und Frieden.

Uns Frauen aller Nationen trifft zu Kriegszeiten das gleiche Los, wir müssen Leben hergeben, das wir schufen, wir müssen dulden, daß schöne, warme Menschlichkeit und Güte grausiger Vernichtung anheimfallen; wir müssen arbeiten, der Not steuern, die der Krieg zeitigt; wir müssen Wunden heilen, die Männer unter Ausklügelung der raffiniertesten Vernichtungsmittel einander schlugen.

Uns Frauen aller Nationen einigt in Friedenszeiten das gleiche Los, — die Entrechtung, — uns Frauen aller Nationen einigt in Kriegszeiten das gleiche Los, — schwerstes Leid zu tragen, tragen zu helfen und zu heilen.

Wahres Menschentum kennt keinen Völkerhaß, keine Völkerverachtung. Frauen stehen wahren Menschentum näher als die Männer.

Wir wollen über den Völkerkrieg hinweg uns die schwesterliche Hand reichen, wir grüßen uns gesenkten, trauernden Hauptes, einiger denn je in dem Bewußtsein, daß nur, wenn die Frauen befreit sind und ihre Staaten lenken helfen, die Welt von der Wiederholung eines gleichen grausigen Erlebnisses verschont bleiben wird.

Die vorbereitende Konferenz zur Abhaltung eines internationalen Frauenkongresses sollte im Februar 1915 in Amsterdam stattfinden. Vier deutschen Frauen gelang es, Pässe zu bekommen. Eine schrieb von dort: „Die Amsterdamer Tage waren ein Ausruhen von qualvollen Monaten, ein Ausruhen unter Gleichgesinnten. Hier wurde mir die

Antwort auf die Frage, die ich mir daheim in bangeren Tagen und wachen Nächten gestellt hatte: wo bleiben die Frauen? hier waren sie zu energischem Protest gegen den Krieg vereint, durchglüht von warmer Menschlichkeit, beseelt von dem einen Gedanken, ihre Pflicht als Frauen und Mütter zu erfüllen: Leben zu schützen, Völkerhaß zu bekämpfen, Kultur zu hüten, Gerechtigkeit zu fordern nicht nur für das Vaterland, sondern für alle Länder der Welt.“

Heimgekehrt begann die Propaganda für den im April abzuhalten- den Internationalen Frauenkongreß im Haag, die mit großer Vorsicht in die Wege geleitet werden mußte, um militärischen Verfolgungen zu entgehen. Nur wer diese Arbeit selbst geleistet hat, macht sich eine Vorstellung von der Abneigung, die 1915 unter den organisierten und nicht-organisierten Frauen gegen alles Internationale herrschte. Wer trotz Krieg sich soviel Vernunft bewahrt hatte, die Welt als ein Ganzes zu betrachten, wurde als Landesverräter hingestellt und demgemäß behandelt.

Der Bund Deutscher Frauenvereine unter der Leitung von Dr. Gertrud Bäumer lehnte eine Beteiligung an dem Internationalen Frauenkongreß im Haag ab. Er erklärte „die Propaganda für diesen Kongreß, sowie die Beteiligung daran, für unvereinbar mit der vaterländischen Gesinnung und der nationalen Verpflichtung der deutschen Frauenbewegung. Auf Grund der Einmütigkeit, die sich in der Ablehnung des Kongresses bei den Vereinen der organisierten Frauenbewegung gezeigt habe, müsse der Bund jede Propaganda deutscher Frauen für den Kongreß als einen Verstoß gegen die Solidarität der deutschen Frauenbewegung betrachten.“ Eine solche Propaganda, sowie den Besuch des Kongresses, erklärte der Bund „für unvereinbar mit jeder verantwortlichen Stellung und Arbeit innerhalb des Bundes Deutscher Frauenvereine.“

Aus Königsberg schrieb man:

„Auf die Aufforderung, mich an dem Internationalen Kongreß zu beteiligen, muß ich erwidern, daß eine deutsche Frau, deren engste Heimat durch den Krieg so verwüstet ist, die an ihr Nahestehenden erlebt hat, wie unmenschlich die Feinde mit friedlicher Bevölkerung umgegangen sind, wie dieser Krieg so viel grausamer ist, als alle Kriege der letzten hundert Jahre — daß solch eine Frau jetzt keine Zeit hat für internationale Bestrebungen, sondern jede Minute Zeit und jeden Groschen Geld darauf verwenden muß, die ungeheuren Wunden der eigenen Volksgenossen heilen zu helfen.“

Darauf wurde erwidert: „Es scheint uns, daß gerade Ihre bitteren Erfahrungen in diesem grausamen Kriege, Sie am allermeisten von der Notwendigkeit eines internationalen Zusammenwirkens aller Frauen gegen den Krieg überzeugen sollten. An dem Internationalen Frauenkongreß werden viele Frauen aus verwüsteten Gebieten, z. B.: Elsaß-Lothringen, Nord-Frankreich, Belgien und Galizien teilnehmen. Es ist zu bedauern, wenn keine Frauen aus dem deutschen Osten kommen, die Zeuge der Kriegsgreuel waren.“

In einem Schreiben aus Offenbach heißt es: „Ich teile Ihnen ergebenst mit, daß sich die Offenbacher Frauen an dem geplanten Internationalen Frauenkongreß nicht beteiligen werden, sowohl aus taktischen, wie auch aus finanziellen Gründen. Der Zusammenhalt der internationalen Frauen ist zur Zeit unsere kleinste Sorge!“

Um die Stimmung wiederzugeben, die damals in Frauenkreisen herrschte, sei noch ein Brief aus Kempten im Allgäu erwähnt; von dort schrieb man:

„Wir verkennen durchaus nicht Ihre ehrlichen Wünsche und Absichten, künftige Kriege unmöglich zu machen, jetzige Greuel beendigen zu wollen. Sie möchten durch die Verständigung und stimmberichtigte Mithilfe aller Frauen einen immerwährenden Frieden der Völker anbahnen. Aber trotzdem wir vollkommen verstehen, was der Internationale Kongreß im April 1915 in Holland bezweckt, ist es dem Verein für Fraueninteressen ganz unmöglich, sich vertreten zu lassen. Auch wünscht keine der Frauen unserer Ortsgruppe sich als einzelstehendes Mitglied unverantwortlich am Kongreß zu beteiligen.

Denn wir Kemptener Frauen wollen dem Vaterland dienen. Wir sind jetzt in erster Linie vaterländische, deutsche Frauen. Viele unserer Söhne, Männer, Väter sind schon als Helden für die großen Güter unseres Volkes gefallen. Viele der Unsern kämpfen noch draußen im Feld inmitten von Not und Tod.

Doch uns Frauen beherrscht, nachdem unserem Volke freventlich dieser blutige Krieg aufgezwungen war, nur das eine große Ziel: Nieder mit England. Durch — auch mit größten Opfern.

Wir denken nicht daran, vom Haag aus unsrer Regierung mit Beschlüssen wie Waffenstillstand in den Rücken fallen zu wollen.

Auch halten wir einen gerechten Krieg durchaus nicht nur für einen Zerstörer aller Kulturwerte: Erhabene Tugenden, die untergegangen schienen, sind jetzt neu erwacht.

Immer wird es, auch in fernster Zukunft, Kriege geben, die Menschheit aus der Versumpfung materieller Genußsucht zu den Höhen vaterländischer Größe und selbstaufopfernden Heldentums empor zu heben. (Wahrhaftig, dafür hat dieser Weltkrieg den Beweis erbracht!! — Anmerkung d. Redakt.) Unüberbrückbar sind die Anschauungen zwischen dem künftigen Internationalen Frauenkongreß zu Holland und dem Verein für Frauen-Interessen in Kempten, Allgäu.“

Eine vor dem Kriege der radikalen Frauenbewegung angehörige, international gerichtete Frau, Frau Voß-Zietz, nahm, um deutsche Frauen vor dem Besuch des Kongresses abzuhalten, die Presse in Anspruch. Sie schrieb am 11. April 1915 im Hamburgischen Correspondenten, nachdem sie der chauvinistischen Engländerin, Mrs. Fawcett, ihre Hochachtung ausgesprochen hatte:

„Aber es gibt doch deutsche Frauen, die selbst in diesem Kriege, in dem die ganze Welt in ihren Fugen bebt, nicht ohne internationalen Götzen sein können, die mit englischen Frauen Grüße austauschen, „die Schwesternhand“ jenseits des Meeres suchen müssen und die jetzt in

Gemeinschaft mit englischen Frauen einen internationalen Kongreß in Holland vorbereiten müssen, wo in einer schon stattgefundenen Vorbesprechung deutsche, englische und belgische Frauen zusammentrafen . . .

Es ist unnötig, sich über die Mannigfaltigkeit der Tagesordnung aufzuregen; möge die Handvoll Frauen in Holland reden und Beschlüsse fassen, kein Hahn wird danach krähen in dieser Zeit, wo ganze Völker um ihre Existenz kämpfen und die „Beschlüsse“ werden ebensolchen Eindruck machen, wie die einst von Männern als amtlichen Vertretern ihrer Staaten gemachten Beschlüsse zum Völkerrecht es jetzt auf unsere Gegner machen. Aber daß deutsche Frauen bei dieser Sache an leitender Stelle sind, das gibt der Tagesordnung für uns übrigen Deutschen den peinlichen Eindruck . . .

Jetzt spürt man die Versäumnisse der Vergangenheit, die mangelnde nationale Erziehung unserer Mädchen. Wo wäre heute ein deutscher Mann, der über Friedensfragen mit den Gegnern verhandeln möchte? Von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken unserer politischen Parteien kein einziger; aus allen Lagern kam ein Absagen internationaler Verbindungen. Frauen allein bringen es fertig, den Geist der Zeit nicht mitzuempfinden und wenn bisher auch nur vier deutsche Frauen namhaft gemacht werden, es ist doch tief bedauerlich, dem Auslande gegenüber, daß solche Verleugnung nationalen Stolzes sich zeigt. Aber gerade deshalb muß aus den Reihen der Frauen selbst laut und vernehmlich protestiert werden, muß darauf hingewiesen werden, daß das Verständnis für die Größe der Zeit, daß das Sicheinsfühlen mit dem gesamten Volke sich auch auf die deutschen Frauen in ihrer Gesamtheit erstreckt . . . .

Wir wollen, daß Deutschland so lange durchhalten kann, bis der Heldenmut unserer Männer den Sieg erfochten hat, der uns einen dauernden Frieden bringt, und zwar einen Frieden, den Deutschland diktiert!“

Es ist noch besonders darauf hinzuweisen, daß Frau Voß-Zietz, so wandelbar sie sich sonst auch im Laufe der Zeit in ihrer politischen Stellungnahme erwiesen hat, doch lebenslang gläubig „christlicher Gesinnung“ gewesen ist, das heißt natürlich, was man so landläufig unter „christlich“ versteht.

Trotz dieser energischen Gegenpropaganda war Deutschland durch 28 deutsche Frauen im Haag vertreten, eine weit größere Zahl, mindestens die dreifache, wäre bereit gewesen, den Haager Kongreß zu besuchen, wenn nicht einerseits der Mangel pekuniärer Mittel hinderlich gewesen wäre, andererseits an verschiedenen Orten die Militärbehörden, z. B. in Stuttgart, die Pässe verweigert hätten. Die dortige Vertrauensperson erhielt vom Generalkommando die Antwort: „Ihr Besuch des Internationalen Frauenkongresses im Haag ist verboten, da die Annahme begründet ist, daß durch ihre Beteiligung deutsche Interessen (??) gefährdet werden.“ Schon damals war diesen Behörden die Gesinnung und Tätigkeit der pazifistisch gerichteten Frauen ein Dorn im Auge. Die im Haag gewesen deutschen Frauen haben ihrem Vaterlande einen großen Dienst geleistet, was von der deutschen Gesandtschaft im Haag

gebührend anerkannt worden ist und worüber sie der deutschen Regierung Bericht erstattet hat. Die Frauen hatten bei der Stimmung, die in Holland wegen der empörenden deutschen Kriegführung gegen Deutschland herrschte, einen schweren Stand, d. h. in der Öffentlichkeit, nicht etwa bei den internationalen Mitarbeiterinnen, die mit ihnen darin übereinstimmten, daß man die Frauen eines Volkes nicht für militärische Grausamkeiten verantwortlich machen könne. Dem Verhalten der deutschen Frauen während des Kongresses gelang es nun, für das deutsche Volk wieder sympathische Gefühle in der holländischen Bevölkerung zu erwecken, was keineswegs zu unterschätzen war. Außerdem bewiesen die 28 deutschen Frauen, daß es in Deutschland unter den Frauen echte Pazifisten gab, die bereit waren, ihre Überzeugung auch in einer Zeit zu vertreten, in der sie deshalb bei ihrem eigenen Volke als Verräter galten.

Im Haag wurde beschlossen, in allen Ländern Frauenausschüsse für dauernden Frieden zu gründen, demgemäß machte man sich in Deutschland daran, den Beschluß zur Ausführung zu bringen. Die Gründung eines regelrechten Vereins, nach den gesetzlichen Vorschriften, wäre unmöglich gewesen, eine solche Organisation würde sofort der Auflösung verfallen sein. Es wurde ein „Nationaler Ausschuß“ gebildet, kein Verein. Nicht Ortsgruppen, sondern Geschäftsstellen — unter Führung von Vertrauenspersonen — wurden in den einzelnen Städten errichtet. Keine Satzung wurde aufgestellt: als Zweck galt die Vorbereitung des nächsten internationalen Kongresses. Es wurden keine Mitglieder aufgenommen, Interessenten meldeten sich. Es wurden keine Jahresbeiträge erhoben, sondern Geschenke entgegengenommen.

Die kommenden Jahre zeigten, daß es nur dieser Art der Verbindung zu danken war, daß gearbeitet werden konnte. Man konnte nicht auflösen, was nicht vorhanden war, dieser Tatsache konnten sich selbst preußische Beamte nicht verschließen, denen mit dieser formlosen Organisation manche harte Nuß zu knacken aufgegeben wurde. Andauernd zitierte man die leitenden Persönlichkeiten vor die Behörden und befahl ihnen an, sich zu konstituieren, da der vorhandene Zustand nicht zulässig sei. Worauf von ihnen mit vernünftiger Ironie erwidert wurde, daß zur Gründung eines Vereins Niemand verpflichtet sei und daß die hohen Behörden versuchen müßten, sich mit dem unfaßbaren Tatbestand abzufinden.

Die Arbeit begann mit der Verbreitung der Haager Beschlüsse. Die erste in Holland gedruckte und nach Deutschland gesandte Auflage war schnell vergriffen, eine zweite sollte in Deutschland gedruckt werden. Der Auftrag wurde der kgl. bayer. Hofbuchdruckerei übergeben. Wenige Tage später ging der Münchener Geschäftsstelle folgendes Schreiben zu:

„Das Kriegsministerium hat erfahren, daß die Hofbuchdruckerei Kastner & Callwey in München mit der Herstellung von 1050 Abdrücken der Resolutionen des Internationalen Frauenkongresses im Haag vom 28. bis 30. April 1915 beauftragt ist. Auf Grund Artikel 4 Absatz II des Kriegszustandgesetzes wird jede Art der Vervielfältigung und Verbreitung

der Resolutionen des Internationalen Frauenkongresses im Haag vom 28. bis 30. April 1915 sowie jede öffentliche Erörterung dieser Resolutionen für die Dauer des Kriegszustandes in Bayern untersagt. Der vorhandene Drucksatz ist abzulegen. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft.

#### Begründung:

Die Resolutionen enthalten bei der Behandlung der Fragen „Die Frauen und der Krieg“ und der Kriegsziele, auch in der Darlegung der Grundsätze für die künftige innere und äußere Politik derartig internationalistisch verschwommene, radikale und utopische Ausführungen und Forderungen, daß durch ihre Verbreitung, abgesehen von der zunächst überhaupt verbotenen Behandlung der Kriegsziele, eine Gefährdung des Burgfriedens — heftige polemische Auseinandersetzungen — und eine gemeingefährliche Beunruhigung und Aufreizung der Frauenwelt zu befürchten ist.

Die Vervielfältigung und Verbreitung dieser Resolutionen, sowie jede öffentliche Erörterung ihrer Ausführungen und Forderungen war daher nach Artikel 4 Absatz II K.Z.G. wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu verbieten.

gez. Freiherr von Kreß.

Auf das Verbot des Bayer. Kriegsministeriums antwortete die Münchener Vertrauensperson, daß also nichts übrig bliebe, als die Drucklegung im Auslande zu bewerkstelligen. Es blieb bei dem Verbot. Bayern war nicht Deutschland; es wurde versucht, den Druck in Hamburg zu ermöglichen, das gleiche Verbot wiederholte sich dort; man wandte sich nach Frankfurt a. M., fast schien es, als sollte es dort gelingen, aber zum Schluß wiederum unüberwindliche Schwierigkeiten. Nach vielem Hin und Her wurde die Drucklegung in Stuttgart durchgesetzt und von dort der Versand ins deutsche Reich erledigt, Reichstags- und Landtagsabgeordnete wurden beschickt, auch Bayern wurde bedacht, denn dem Wortlaut des Verbotes nach stand dem nichts entgegen. Aber schon im Oktober 1915 erhielt die Stuttgarter Vertrauensperson folgende Zustellung: „Das stellvertr. Generalkommando hat Ihnen auf Grund des § 9b des Belagerungszustands-Gesetzes die weitere Verbreitung der Beschlüsse des Haager Frauenkongresses sowie aller gedruckten oder sonstwie vervielfältigten Mitteilungen und Werbeschriften des nationalen Frauenausschusses für dauernden Frieden untersagt.“

Nicht besser oder noch schlechter als den Haager Beschlüssen erging es der Drucklegung eines Flugblattes. Es wanderte von Ort zu Ort, wurde überall von der Zensur verboten. Damals wie heute, fragt man sich staunend, warum? Denn es enthält lediglich Selbstverständlichkeiten. Der Leser urteile selbst, hier der Wortlaut:

„An Deutschlands Frauen und Mütter!

Frauen und Mütter Deutschlands, die Ihr dieses Kriegsjahr mit seinem unaussprechlichen Herzeleid, den Leiden und Qualen für den

Einzelnen, mit seiner wirtschaftlichen Not für die Gesamtheit erlebt habt, schließt Euch zusammen und erklärt Krieg dem Kriege!

Wir Mütter aller Nationen, die wir Leben schaffen, schaffen mit der Hingabe und Aufopferung der eigenen Person, oft des eigenen Lebens, die wir unsere Kinder hegen und pflegen, sorgsam hüten, um sie über unser eigenes Ich hinaus wachsen zu sehen, zum Wohle und Aufstieg unseres Vaterlandes, wir Mütter aller Nationen sind die Berufenen, vom Staate zu fordern, daß er das Leben, das wir schufen, nicht einer seelischen Verrohung, einer qualvollen Vernichtung preisgibt.

Wir erklären Krieg dem Kriege nicht mit Waffengewalt, mit Vernichtung höchster Kultur, Vernichtung von Menschenleben, mit Massenmord, Verwüstung, sondern mit Waffen von zwingender moralischer, politischer und wirtschaftlicher Gewalt.

**Krieg dem Kriege durch moralische Gewalt!**

Wir Frauen aller Nationen, in deren Händen die Erziehung der kommenden Generation liegt, wir sind die Berufenen, in die Seele des Kindes jenen Keim zu pflanzen, der die Menschheit vom Erbübel, vom Kriege befreit. Wir müssen der Jugend die Wege weisen, die einen dauernden Frieden möglich erscheinen lassen, wir müssen sie für den Frieden und wider den Krieg erziehen; wir müssen in ihr den Willen zum Frieden so mächtig gestalten, daß dieser Wille die Welt beherrscht.

**Krieg dem Kriege durch politische Mittel!**

Mittel und Wege müssen und werden gewiesen werden, die bei Streitigkeiten unter den Nationen einen anderen Ausgleich wie Krieg ermöglichen.

Die Gestaltung der auswärtigen Politik darf nicht länger vom Willen einiger weniger Diplomaten und Finanzmänner abhängig sein, die die Angelegenheiten ganzer Völker im Geheimen ordnen. Fragen der auswärtigen Politik müssen in der breiten Öffentlichkeit verhandelt werden und somit Sache des Volkes werden; diesem, nicht einigen wenigen Diplomaten oder Staatshäuptern steht die Entschließung über Krieg oder nicht Krieg zu. Die Frauen müssen die gleichen politischen Rechte wie die Männer erhalten, um wirksamen Einfluß auszuüben, um ihre Forderungen für dauernden Frieden durchzusetzen.

Ein Eroberungsrecht von Ländern und Völkern kann nicht länger anerkannt werden. Die Völker selbst müssen entscheiden, ob sie selbständig bleiben, oder diesem oder jenem Staate angehören wollen. Abrüstung zu Lande und zu Wasser nicht eines, sondern aller Völker muß angestrebt werden.

**Krieg dem Kriege durch wirtschaftliche Mittel!**

Die Beziehungen der Völker untereinander müssen ausgebaut werden. Ständige internationale Zusammenkünfte, an denen alle Staaten teilnehmen, sind einzuberufen, auf ihnen sind wirtschaftliche Fragen, Meinungsverschiedenheiten jeder Art zu erörtern.

Handelsfreiheit auf dem Lande und dem Wasser muß für alle Völker gesichert werden.

Die Anfertigung von Waffen und Munition muß verstaatlicht und deren internationaler Handel unter Aufsicht gestellt werden usw.

Noch gibt es viele Mittel, die zu dauernder Völkerverständigung führen; die Entwicklung der Dinge wird weitere Möglichkeiten weisen.

Es gilt eine neue Weltordnung zu schaffen, die Frauen der ganzen Welt wollen das Ihre dazu beitragen.

In allen Ländern organisieren sie sich, um für die Verwirklichung eines dauernden Friedens unter den Völkern mitzuarbeiten.

Deutsche Frauen streben gleichem Ziel entgegen und fordern ihre Geschlechtsgenossinnen auf, sich ihnen zu diesem Zwecke zu Tausenden und Abertausenden anzuschließen.

Wer der Überzeugung ist, daß internationale Streitigkeiten durch friedliche Mittel zu schlichten sind und daß das politische Wahlrecht auf die Frauen auszudehnen ist, soll sich dem nationalen Frauenausschuß anschließen und solches, ohne dadurch irgend eine andere Verpflichtung zu übernehmen, auf dem Abschnitt einliegender Postanweisung unter genauer Adressenangabe erklären. Es wird gebeten, ein Eintrittsgeld nach eigener Einschätzung, jedoch nicht unter 50 Pfennig, mittels Postanweisung einzusenden.

Warmen Schwestergruß all denen, gleichviel welcher Weltanschauung oder Konfession sie huldigen, die mit uns Krieg dem Kriege rufen, die mit uns mit moralischen, politischen und wirtschaftlichen Mitteln für dauernden Frieden unter den Völkern arbeiten wollen.

Der Nationale Frauen-Ausschuß für dauernden Frieden.

Im Dezember 1915 verbot man in Berlin den Abdruck des Grußes, den deutsche Frauen an die Frauen der kriegführenden und neutralen Länder gesandt hatten:

„Wiederum läuten die Weihnachtsglocken ihr altbekanntes Lied, wir hören sie nicht, denn der Donner der Kanonen, der ganz Europa erfüllt, übertönt sie.

Wiederum erstrahlt der Weihnachtsbaum im Lichterglanz, uns strahlt sein Licht nicht, denn das Flammenmeer der Schlachtfelder, das ganz Europa erfüllt, überflutet es.

Der Würgengel Krieg zieht noch durch die Lande, sät Völkerhaß und vernichtet warmes, blühendes Menschenleben und tausendfältige Kultur.

Friedensglocken, Weihnachtsfreude, welch ein Hohn in dieser Zeit!

Das Herz schwer beladen mit angstvollem Leid, von namenloser Qual die Stirne zermürbt, vom Denken und Sinnen ganz matt im Hirn, die Seele belastet mit dumpfen, bohrendem Schmerz, so stehen die Frauen trauernd, die einst im frischen, fröhlichen Kampf mutig und stark ihren Schwestern die Freiheit erkämpften.

Wir konnten bis heute den Weltenbrand, den die Kriegsflagge entfachte, nicht löschen, das macht uns müde und matt und traurig.

Euch Gleichgesinnten in tiefer Not, Euch senden wir treues Gedenken zum zweiten Kriegsweihnachten 1915.

Und wiederum läuten die Glocken, sie läuten das Jahr 1916 ein! Jetzt hören wir ihren Ton. Warum? Ihr Klang tönt aus unserem

Innern heraus und klingt so klar und rein und laut: Friede, Friede, Friede, Friede den Völkern Europas!

Ein neues Jahr birgt in sich neue Hoffnung und gibt uns Frauen neue Kraft, beschwingt unseren Willen wie nie zuvor.

Wir Frauen aus allen Ländern, die seit Ausbruch des Krieges trotz aller Geschehnisse in treuer Schwesternschaft unbeirrt beisammen standen, wir rufen laut:

„Völker Europas, steckt Euer Schwert in die Scheide!“

Unsere Treue ist groß und erprobt, unser Wille ist eisern stark, er muß uns den Weg weisen.

Siegesgewiß tönt es in uns, 1916 muß Europa den Frieden bringen. Das allen Gleichgesinnten in fernen Landen zum Gruß!“

An dieser Stelle sei auch eines Briefes gedacht, den französische Frauen in dieser Zeit den deutschen sandten:

„Lebensfrische, junge, tatkräftige, hoffnungsvolle Männer, die leben wollen, werden seit 19 Monaten dahingemordet. Wenn zum Sturm geblasen wird, sterben täglich, ja stündlich, Tausende.

Es wird eine Altersklasse nach der anderen einberufen; unsere Kinder werden großgezogen für den Tod.

Das Unglück des Krieges ist in allen kriegführenden Ländern dasselbe. Die Gleichheit der Schmerzen, der Trauer, die Schrecken des Todes haben in jedem Lande eine große Gemeinsamkeit geschaffen, und überall scharen sich Männer und Frauen um ihr Vaterland, das leidet, vereint in Liebe und vor allen Dingen vereint im Haß! Und dieser Haß ist leicht zu entflammen in der Bevölkerung.

Auf beiden Seiten sucht man die Bevölkerung zu überzeugen, daß sie die Beleidigten, die Bedrohten und die Angegriffenen sind.

Hören wir nicht länger auf die Reden des Hasses, sondern denken wir daran, was diese Völker einander gegeben haben und der Geist der Rache, alle niedere Gesinnung muß schwinden. In uns allen lebt derselbe Glaube an dieselbe Gerechtigkeit, die gleiche Ergebung in dasselbe Leid!

Soweit sich unsere Völker wahrhaft erkannt haben, schätzen und achten sie sich. Wir haben von Euren Musikern, Denkern und Dichtern gelebt, wie ihr von den unsern.

Unsere Soldaten, wenn sie außerhalb des Kampfes zusammentreffen, empfinden für einander das gleiche Mitleid. Deshalb wollen und dürfen wir trotz der Verleumdungen, von denen die Presse voll ist, allen Männern, die im Kampfe gefallen sind, unsere Bewunderung und unsere schmerzvolle Sympathie nicht versagen. Wir Französinnen, deren Land besetzt ist, wir zögern keinen Augenblick, Euch zuerst die Hand zu reichen. Wir wissen, die Mehrzahl unter Euch denkt wie wir und deshalb wollen wir Euch sagen, daß wir Schwestern sind und daß wir Euch lieben.“

Deutsche Frauen antworteten darauf: „Mit herzlichen Gefühlen warmen Dankes haben deutsche Frauen den Gruß französischer Frauen erhalten und grüßen sie wieder im gleichen Sinne!

Wir denken wie Ihr! Wir fühlen wie Ihr! Wir leiden wie Ihr!  
Wir dulden wie Ihr mit gebundenen Händen und müssen jetzt schweigen  
wie Ihr!

Wir sind wie Ihr zur Machtlosigkeit verdammt Greueln gegenüber,  
die uns, die wir die Quelle alles Lebens sind, weil wir Leben schaffen,  
in unserm heiligsten Weibtum tödlich treffen.

Gleicher Todesschauer aber, wie ihn dieser Krieg erzeugte, hat die  
Welt noch nie durchlebt, das empfinden die Frauen aller Nationen mit  
gleicher Stärke und Innerlichkeit und diese Gleichheit des Empfindens  
schweißt uns zusammen wie glühende Glut das Eisen zum Stahl und  
lehrt uns den heiligen Schwur halten, den wir in dieser schweren Zeit  
schwören und täglich erneuern — und den unausgesprochen alle ver-  
stehen, weil wir gleich denken, fühlen und leiden.

Wenn diese Katastrophe, die einmal im Rollen begriffen, durch  
keinen Protest der Menschlichkeit und der Vernunft aufzuhalten war,  
vorüber sein wird, dann wird man die Frauen aller Länder, die jetzt  
zu erzwungener Tatenlosigkeit verdammt sind, handelnd finden, um  
die Wiederholung solcher Zustände für ewig unmöglich zu machen.

Das den französischen Frauen zum Gegengruß!“

In Württemberg gestattete man weder die Reproduktionen noch die  
Verbreitung der Postkarte, welche das Kunstwerk (siehe S. 35) von  
Käthe Kollwitz wiedergeben sollte, welches kurz nach Ausbruch des  
Krieges im Kunstwart unter dem Titel: „Das Warten“ erschienen war.  
Die Karte wurde in Berlin hergestellt und von dort aus über ganz  
Deutschland, auch nach Württemberg hinein verbreitet.

Die deutsche Presse hatte den internationalen Frauenkongreß tot  
geschwiegen oder lächerlich zu machen versucht, diese Presse zur Propa-  
ganda für den Ausschuß zu gewinnen, war hoffnungslos, somit eine  
Propaganda in der Öffentlichkeit unmöglich gemacht; sie mußte von  
Person zu Person erfolgen. Das war eine mühevoll, äußerst langsam  
vorwärts schreitende Arbeit, trotzdem sie intensiv betrieben wurde.  
Werbebriefe, die handschriftlich oder mit der Maschine geschrieben  
werden mußten, um keine Zensur zu passieren, wurden zu Tausenden  
versandt, Versammlungen im kleinsten Kreise, in Privathäusern abge-  
halten. Bei aller angewandten Vorsicht erlangten die militärischen Be-  
hörden doch Kenntnis von unserer Tätigkeit, entweder durch ihre eigen-  
en Spione oder durch Menschen, die glaubten, ihrem Vaterlande durch  
Denunziation der „Verräter“ einen besonderen Dienst und sich selbst  
einen Verdienst bereiten zu können. Verfolgungen aller Art begannen,  
was aber nicht verhindern konnte, daß weiter für die Idee gewirkt  
wurde, sondern lediglich zu schärferen Vorsichtsmaßregeln anspornte.  
Spione, die sich als Interessenten einzeichneten, Geldmittel brachten,  
kamen in die Privatwohnung der Vertrauensperson. Detektive ver-  
folgten Frauen, die von München zu einer Besprechung nach Stuttgart  
fahren, vom Hotel bis zur Privatwohnung der dortigen Vertrauens-  
person. Diese mußte sich später vor einem Kriegsgerichtsrat verant-

worten, man erklärte ihr, sie habe in ihrem Hause eine unangemeldete politische Versammlung abgehalten; auf ihre Versicherung, daß Frauen aus München und Stuttgart bei ihr Tee getrunken hätten (was sie nebenbei getan hatten), wurde von weiterer Verfolgung abgesehen. Der Briefwechsel von vielen der Mitarbeiterinnen wurde unter Zensur gestellt, das Telephon ständig, jahraus jahrein bewacht; bei einigen dauerte die Zensur mit kurzen Unterbrechungen vom Frühjahr 1915 bis zum Ausbruch der Revolution November 1918. Auch Deckadressen wurden ausgespürt, darauf griff man zu irreführenden Umschreibungen. Alle Mitteilungen wurden in Form von Familiengeschichten ausgetauscht. Die militärischen Behörden wurden als „alter Onkel“ oder „Papa“ bezeichnet, der an „chronischem Gehirnschwund“, „Podagra“ und sonstigen Senilitäten litt. Es fehlte manchmal trotz der trostlosen Zeit der Humor nicht.

Vierorts kam es zu Haussuchungen, so in München, Stuttgart, Breslau, Berlin, Bremen. Die Art des Vorgehens dabei war sehr verschieden, sie erfolgte in Breslau, Berlin und Bremen in der brutalsten Weise, man schonte selbst Privatbriefe nicht, durchschnüffelte alles. Die ersten Untersuchungen in München liefen glimpflicher ab, später bediente man sich auch dort einer schärferen, d. h. der preußischen Art. In München gaben anfangs die Beamten deutlich zu verstehen, daß sie ganz die Gesinnung teilten, die in der Arbeit der pazifistischen Frauen zum Ausdruck kam. Es war ihnen peinlich, anderer Leute Papiere zu durchkramen, sie überließen es den Anwesenden in der Geschäftsstelle, ihnen zu zeigen, was diese ihnen zu zeigen für passend hielten, verfaßten auch gemeinsam mit ihnen das Protokoll für ihre vorgesetzte Behörde, verabschiedeten sich nach treuherzigem Händeschütteln und tausend Entschuldigungen wegen der Belästigung.

Im Laufe des Jahres 1915 verkündete die Presse Sieg auf Sieg, die Alldeutschen machten eine intensive Propaganda für Annexionen. Um dem entgegen zu arbeiten, wurde im Juli eine Petition verfaßt, Unterschriften in Frauenkreisen dafür gesammelt und dem Reichskanzler Bethmann Hollweg zugestellt.

Um überhaupt Unterschriften von Frauen zu erhalten, hatte man eine außerordentlich gemäßigte Fassung gewählt, so kam diese, in ihrer Ausdrucksform etwas schwächlich erscheinende Petition zustande, die aber in ihren Forderungen konsequent jede Annexion ablehnt, einen baldigen Frieden und die Wiederherstellung freier Meinungsäußerung forderte.

„An Seine Exzellenz  
den Herrn Reichskanzler Dr. von Bethmann Hollweg!

Abordnungen des Internationalen Frauenkongresses, der vom 27. April bis zum 1. Mai im Haag tagte, haben den Regierungen Europas und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika die Beschlüsse des Kongresses mit dem Wunsche überreicht, daß die darin von Frauen der kriegführenden und neutralen Länder ausgesprochenen Forderungen bei Friedensschluß berücksichtigt werden mögen.

Im Namen vieler deutscher Frauen wiederholen Endesunterzeichnete die Bitte unter Hervorhebung desjenigen Punktes, der ihnen im Interesse

eines dauernden Friedens und im Interesse des Ansehens des Deutschen Reiches in der Welt am wichtigsten erscheint, nämlich: daß das Selbstbestimmungsrecht der Nationen gewährleistet bleibt und Deutschland demzufolge auf die dauernde Einverleibung der eroberten Gebiete in das Reich unter der Voraussetzung verzichtet, daß auch sein von feindlichen Mächten in Besitz genommenes Kolonialgebiet ihm in vollem Umfang zurückerstattet werde.

#### Begründung:

Deutschland hat erklärt, keinen Eroberungskrieg zu führen, vielmehr zu einem Verteidigungskrieg gezwungen worden zu sein. Es begründete seinen Neutralitätsbruch gegen Belgien in erster Linie mit dem Prinzip der Selbsterhaltung.

Unsere Regierung ist durch diesen Akt dem Einfall der feindlichen Heere zuvorgekommen und hat unser Land davor bewahrt, selbst den Schauplatz dieses fürchterlichsten aller Kriege zu bilden.

Die Nationen der ganzen Welt haben sich, sofern sie dazu in der Lage waren, stets der gleichen Praxis bedient. Ein Kulturvolk aber sollte von einer Annexion des besetzten Landes Abstand nehmen, ganz besonders wenn es Hoffnung hat, Sieger zu bleiben und darüber schon während der Dauer des Krieges keinerlei Zweifel lassen. Es sollte deutlich zum Ausdruck gebracht werden, daß die deutschen Truppen Belgien nur solange besetzt halten werden, bis die an diesem Kriege beteiligten Nationen die von ihnen besetzten Länder, vor allem die deutschen Kolonien, wieder freigegeben haben.

Wir glauben behaupten zu dürfen, daß die Bekanntgabe einer solchen Absicht nicht nur eine wesentliche Beruhigung der jetzigen politischen Lage, sondern auch eine Verkürzung des Krieges herbeiführen würde, zu dessen Fortführung auf feindlicher Seite die Befreiung Belgiens als wichtigster Vorwand genommen wird.

Wir verzichten darauf, auf die sich aus einer Annexion Belgiens für Europa im allgemeinen und für unser Vaterland im besonderen ergebenden unheilvollen Folgen weiter einzugehen, da wir nur wiederholen könnten, was jedem verständigen Politiker darüber bekannt ist.

Zum Schlusse aber richten Endesunterzeichnete an eine deutsche Regierung die dringende Bitte, Friedensvorschläge, gleichviel von welcher Seite sie auch kommen mögen, nicht zurückzuweisen, sondern zu erwägen und dafür Sorge zu tragen, daß dem deutschen Volke nicht länger das Recht verkümmert werde, seine Forderungen und Wünsche für den kommenden Friedensschluß vor der breiten Öffentlichkeit zu erörtern.“

Als sich im Herbst 1915 im englischen Oberhaus Stimmen für die baldige Beendigung des Krieges erhoben, wurde folgender Antrag an Bethmann-Hollweg gerichtet:

„Der unterzeichnete Nationale Frauen-Ausschuß für dauernden Frieden ersucht Euer Exzellenz dringend, nachdem Mitglieder des englischen Oberhauses, wie die Lords Loreburn, Milner und Courtney sich in verständnisvoller Weise über die Notwendigkeit geäußert haben, diesen,

die Völker und Staaten aufreibenden Krieg zu beendigen, diese Gelegenheit zu benutzen, um auch von deutscher Seite erkennen zu lassen, daß man zum mindesten bereit ist, Verständigungen nicht von der Hand zu weisen.

#### Begründung:

Die Lage auf dem Kriegsschauplatze ist heute eine derartige, daß unsere Verbündeten und wir im Vorteil sind. Dieser Umstand schließt also von vornherein die Annahme aus, daß wir durch die Ungunst der Verhältnisse, durch Schwäche, Mangel oder sonstige Mißstände dazu gezwungen wären, Friedensverhandlungen anzubahnen und damit wäre das Hauptbedenken, das vielleicht von einer Anzahl Männer und Frauen der Militärpartei gegen solches Vorgehen erhoben werden könnte, beseitigt.

Es erübrigt sich, auf die beklagenswerte Zerstörung höchster Kulturwerte und Kulturgüter, auf das maßlose Elend und Herzeleid und auf die wirtschaftliche Not hinzuweisen, die dieser Völkerkrieg bei beteiligten und unbeteiligten Nationen heraufbeschworen hat, deren traurige Folgen in vollem Umfange erst in der Zukunft offenbar werden, denn das alles ist in regierenden Kreisen bekannt. Eins aber scheint dort weniger bekannt zu sein, nämlich, daß es im Deutschen Reich sowohl auf dem Lande wie in den Städten Männer und Frauen gibt und ihre Zahl wächst von Tag zu Tag, die den Kriegszustand aus ethischen, kulturellen, allgemein menschlichen, wirtschaftlichen Gründen, aus Gründen demokratischer Gesinnung und Vaterlandsliebe verwerfen und es scheint an der Zeit, daß diesen Männern und Frauen, die ganz besonders nach dem Kriege von höchstem Werte für das Deutsche Reich und die regierenden Kreise sind, gezeigt wird, daß die deutsche Regierung nicht nur willens ist, durch Waffen zu siegen, sondern daß sie auch bereit ist, durch moralische Mittel der Verständigung einzugreifen.

Aus diesen Erwägungen hoffen die Gesuchsteller bestimmt auf ein Vorgehen im Sinne dieser Darlegungen.“

In den Schulen der verschiedenen deutschen Staaten wurde eine schmäbliche Völkerverhetzung betrieben. Hier verfluchte man die Franzosen, dort die Engländer, überall aber pries man die Deutschen als das auserwählte Volk Gottes, als Hort aller politischen Tugenden.

In einer Hamburger Schule wurde zwischen Lehrer und Schüler der Morgengruß ausgetauscht: „Gott strafe England“. „In alle Ewigkeit, Amen!“ — In der Mädchengemeinschaftschule in Neukölln, Mahlowerstraße, ließ der Rektor die Schülerinnen der 10. Klasse folgendes Lied, welches von einem Pastor (!) verfaßt sein soll, lernen:

#### Immer ran an den Feind!

Nun heraus aus der Scheide, deutsche Männer, das Schwert!  
Nun zeigt Euch Eures herrlichen Vaterlandes wert!  
Ob im Westen die Franzosen,  
Ob im Ost' die Russen tosen,

Und ob England her von Norden  
Rüberschwimmt zum großen Morden —  
Immer ran, immer ran, immer ran an den Feind,  
Jetzt geht's in den heiligen Krieg,  
Immer ran, immer ran, immer ran an den Feind,  
In den Kampf und zum blutigen Sieg!

Ihr marschirt gegen Westen in das Frankreich hinein,  
Und da ist es schon am besten, ihr schießt alles kurz und klein.  
Denkt alle noch an Siebzig,  
Kinder, was sich neckt, liebt sich.  
Heute kriegt die rote Büxe  
Grade so wie damals Wichse.  
Immer ran, immer ran usw.

Ihr marschirt gegen Osten in das Rußland hinein.  
Seid gehörig auf dem Posten und schlagt mörderisch darein,  
Daß dem Russen mit der Knute  
Ganz erbärmlich wird zu Mute,  
Haut sie feste auf die Tatzen,  
Haut in die Kosakenfratzen!  
Immer ran, immer ran usw.

Und auch Ihr, Ihr blauen Jungen, nun hinaus auf das Meer!  
Euch kommt mit seinen Schiffen gar das England in die Quer.  
Mit dem frechen Angelsachsen  
Macht nur nicht so lange Faxen,  
Schießt die Kähne über'n Haufen,  
Daß sie allesamt ersaufen!  
Immer ran, immer ran usw.

Und Ihr andern nehmt die Belgier, Japanesen und, wer weiß,  
Was uns sonst noch kommt mit diesem ganz erbärmlichen Geschmeiß,  
Rußland, Frankreich, England, Belgien,  
Japan, Montenegro, Serbien —  
Uns kann keiner an den Wimpern  
Von der ganzen Bande klimpern.  
Immer ran, immer ran usw.

Ein württembergischer Prälat erklärte im Konfirmandenunterricht:  
Wenn die Engländer ins Land kommen, dann werden sie unsere kleinen  
Kinder umbringen, so wie die Ägypter die Judenkinder umgebracht  
haben.

Die Vorsteherin des Stuttgarter Mädchengymnasiums weigerte sich  
eine Schülerin aufzunehmen, weil die Mutter eine Engländerin war, der  
Vater war deutscher Offizier.

In Frankfurt a. M. und anderen Städten dienten kriegerische Bilder  
zum Wandschmuck, eins davon trug den ethischen Spruch: „Du sollst  
Dein Schwert in Feindes Herzen tauchen.“

Und das Resultat solcher Verhetzung? Es zeigt sich deutlich in  
einem Schreiben, welches ein elfjähriges Mädchen aus einem Dorfe

Schleswig-Holsteins im Namen von fünf Schulkindern an den Grafen Zeppelin richtete:

„Dürfen wir Schul Kinder Ihnen acht Mark senden aus Freude über unsere Zeppeline? Weil Sie selbst genug Geld haben, wollen Sie es wohl nicht annehmen. Geben Sie es nur dem Mann, der die erste Bombe auf die Festung Paris warf.“

Nur verhetzte Kinder sind solcher Roheit fähig! — Die verschiedenen Unterrichtsministerien wurden auf das Verderbliche solcher Jugendverhetzung aufmerksam gemacht und sofortige Abstellung dringend gefordert. Eine von den vielen Antworten, die alle den gleichen Geist atmeten, lautete wie folgt. — Sie ging aus von dem Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten in Berlin. —

„Dem Nationalen Ausschuß für dauernden Frieden bestätige ich ergebenst den Empfang der Eingabe vom 15. Dezember v. J. betreffend Anweisung der Lehrerschaft sämtlicher Schulen, alles zu vermeiden, was Völkerhaß hervorrufen und zur Völkerverhetzung beitragen kann.

Wenn ich davon absehe, der Eingabe eine weitere Folge zu geben, so bestimmt mich dazu der Umstand, daß Sie von unzutreffenden Voraussetzungen ausgehen. Die darin aufgestellte Behauptung, es werde in den Schulen vielfach „dem harmlosen Kindergemüt Völkerhaß und Völkerverhetzung eingeprägt“, ist tatsächlich nicht begründet. Wie zahlreiche Besichtigungen des Unterrichts gezeigt haben, ist die Schule auch während des Krieges weit davon entfernt, der Jugend Haß und Gehässigkeit gegen einzelne Personen oder ganze Völker einzuflößen. Sie bemüht sich vielmehr in noch verstärktem Maße, die Jugend wahr, treu und fromm zu erziehen und auch am Feinde anzuerkennen, was anerkannt werden kann. Demgemäß ist der Geist, den die weitaus überwiegende Mehrheit unserer Jugend während dieser schweren Zeit bekundet hat, durchaus erfreulich, wie dies auch ihre unermüdliche Betätigung opferwilliger Liebe gegenüber den durch den Krieg hervorgerufenen Nöten erkennen läßt.

Die Schule leitet die Jugend pflichtgemäß dazu an, den Verlauf des uns aufgezwungenen Krieges mit innerer Teilnahme zu begleiten. Wenn die von unseren Feinden in bisher unerhörter Weise gegen uns verwendeten Waffen der Heuchelei und Lüge, der Treulosigkeit und des Verrats auch die Herzen unserer Schuljugend gelegentlich mit gerechter Entrüstung und hellem Zorn erfüllt haben, so ist das umso verständlicher, je mehr die Jugend von Eltern und Lehrern zur Wahrhaftigkeit, Treue und zu allem Guten angehalten worden ist.

gez.: v. Trott zu Solz.“

Diese Antwort zeigt deutlich, daß Minister und Schulverwaltung eines Sinnes waren. In die Hände solcher Behörden ist die Bildung der heranwachsenden Jugend gelegt, kann man sich da überhaupt noch wundern, wenn es im Zusammenleben der Völker keine Verständigung gibt?

Dem Herrn v. Trott zu Solz ging folgende Antwort zu:

„Ew. Exzellenz bestätigen wir die Antwort vom 10. Februar 1916, welche wir auf unser Gesuch, betreffend „der Schädigung der deutschen Jugend durch den Völkerhaß in den preußischen Schulen“ vom 15. Dezember v. J., erhielten.

Ew. Exzellenz versicherten, daß die Schule auch während des Krieges weit davon entfernt sei, der Jugend Haß und Gehässigkeit gegen einzelne Personen oder ganze Völker einzuflößen und unsere aufgestellte Behauptung, es werde in den Schulen vielfach dem harmlosen Kindergemüt Völkerhaß und Völkerverhetzung eingeprägt, sei tatsächlich unbegründet.

Wir erlauben uns daher Ew. Exzellenz heute auf nachfolgenden Erlaß der Königlichen Regierung in Frankfurt a. d. Oder aufmerksam zu machen.

„Es drängen sich in neuester Zeit an die Lehrer und die Schule Wünsche heran, aus erziehlichen Gründen durch geeignete Belehrung der Ausbreitung und Vertiefung des Völkerhasses entgegenzuwirken und der künftigen Versöhnung der Kulturvölker vorzuarbeiten. Diesem aus dem Gefühle allgemeiner Völkerverbrüderung und internationaler Friedensschwärmerei entspringenden Bestrebungen darf kein Raum gewährt werden. Es kann um so weniger Aufgabe der Volksschule sein, in diesem Sinne zu den künftigen Beziehungen der Völker untereinander Stellung zu nehmen, als nach der friedlichen Grundstimmung des deutschen Volkes, gerade im Gegensatz zu anderen Völkern, gar keine Gefahr besteht, daß in unserer Jugend ein dem künftigen Frieden gefährlicher Haß aufwachsen könnte.

Im Gegensatz zu solchen Auffassungen ist es eine erziehliche Aufgabe ersten Ranges für die Schule, dafür zu sorgen, daß die furchtbaren Lehren und Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart in dem lebenden Geschlecht unauslöschlich haften bleiben. Vor allen Dingen muß ganz allgemein die Überzeugung in unserem Volke einwurzeln, daß Deutschlands Frieden und Sicherheit nur durch seine Wehrmacht zu Lande und zur See verbürgt wird und daß alle Verbrüderungsbestrebungen mit anderen Völkern auf kulturellem Gebiet niemals dazu führen dürfen, auch nur das Geringste von seiner kriegerischen Rüstung abzubrechen. Zum anderen sollten die Schulen die Überzeugung festigen, daß Deutschland einzig bleiben muß und daß alle Parteien ohne Sonderbestrebungen sich dieser Forderung unterzuordnen haben.

Endlich wird es eine schöne Aufgabe aller Lehrenden bleiben, nicht nur die durch die Erfahrungen des Krieges gefestigte Überzeugung von dem Segen eines starken Königtums, sondern auch die Liebe zu unserem König und Kaiser, sowie zu dem Hohenzollernhause zu voller Erstarkung zu bringen. Das jetzt eingeführte tägliche Gebet der Schulen für unseren Herrscher wird darum als gemütvoller Ausdruck solcher Liebe auch nach Beendigung des Krieges zu pflegen sein.

Allen Bemühungen aber, die Schandtaten, die unsere Feinde an den Deutschen der ganzen Erde begangen haben, zu entschuldigen oder zu beschönigen, wollen Sie, falls sie in die Schule einzudringen versuchen sollten und nicht schon an dem gesunden Sinne der Lehrerschaft scheitern, Ihrerseits entschlossen entgegenzutreten.“

gez.: von Schwerin.

Dieser Erlaß wurde am 15. Januar 1916 an die Kreisschulinspektoren weitergegeben und muß uns in hohem Grade befremden, da uns Ew. Exz. in dem Schreiben vom 10. Februar 1916, von den unzutreffenden Voraussetzungen unserer Eingabe zu überzeugen bemühte.

Wir sind ferner in der Lage, Ew. Exz. Material vorzulegen, welches unser derzeitiges Gesuch nur noch bekräftigen könnte.

Die Unterzeichneten hoffen nach wie vor auf Erfüllung ihres Gesuches, um so mehr, da durch die Verordnung der königlichen Regierung in Frankfurt a. d. Oder, sich die Sorge um die Zukunft unseres Volkes nur noch zu steigern vermag, und bitten Ew. Exz. ergebenst um Mittheilung, ob die Unterzeichneten auf ein Vorgehen in ihrem Sinne rechnen dürfen.

Damit war die Korrespondenz aber noch nicht erledigt; v. Trott zu Solz antwortete:

„Auf die Eingabe vom 19. April d. J. erwidere ich ergebenst, daß die Verfügung der königlichen Regierung in Frankfurt a. d. Oder vom 16. Januar d. J. mir bekannt ist, und meine Billigung findet. Mit Recht wird darin hervorgehoben, daß nach der friedlichen Grundstimmung des deutschen Volkes, gerade im Gegensatz zu anderen Völkern, gar keine Gefahr besteht, daß in unserer Jugend ein dem künftigen Frieden gefährlicher Haß aufwachsen könnte. Gefährlich für unser Volk und deshalb abzuweisen sind aber diejenigen Bestrebungen, die durch Beschönigung und Entschuldigung der von unseren Feinden gegen uns begangenen Schandtaten und offen verkündeten Vernichtungspläne die Kampfeskraft und den Siegeswillen unseres Volkes in dem uns aufgedrängten Kriege zu lähmen vermögen. Einer Einwirkung auf die mir unterstellten Schulen in dem von Ihnen angegebenen Sinne bedarf es nicht.“

Eine Konferenz der Internationalen Ausschüsse für dauernden Frieden sollte im Dezember 1915 in Amsterdam stattfinden; die deutsche Delegierte wollte am 4. Dezember mit einem in München ausgestellten Paß die Grenze in Elten passieren. Ihr Gepäck wurde einwandfrei befunden, trotzdem unterzog man sie, einer für damalige Verhältnisse unerhörten persönlichen Visitation und verhinderte sie am Passieren der Grenze ohne Angabe von Gründen. Sie hatte gehört, wie der Beamte, als er ihren Namen im Paß sah, zu einem anderen sagte: „Zurückhalten, Pazifistin.“ Nach 16stündiger Fahrt, die man „die Pazifistin“ ruhig hatte antreten lassen, bestieg sie unter militärischer Überwachung den nächsten Zug, der sie nach Köln zurückbrachte. Zwar wurde bei verschiedenen Stellen gegen solches Vorgehen protestiert, alle Beschwerden wurden jedoch ohne Angabe von Gründen abgewiesen.

Außer den Frauen, die im N. Fr. A. f. d. Fr. arbeiteten, gab es 1915 eine Anzahl, die z. B. im „Bund Neues Vaterland“ im pazifistischen Sinne wirkten, diese Frauen waren den schwersten Verfolgungen ausgesetzt, viele von ihnen wurden auf Monate in Schutzhaft genommen, wo sie teilweise ein elendes Dasein fristeten.

Über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Frauen schreibt Clara Zetkin:

„Der Kampf der radikalen Sozialistinnen gegen den imperialistischen Weltkrieg setzte sofort nach der Kriegserklärung und der Kriegskreditbewilligung durch die Sozialdemokratie ein. Unter den vier ersten und lange einzigen deutschen Sozialdemokraten, die gegen den Krieg und die Kriegskreditbewilligung durch die Sozialdemokratie öffentlich protestierten, befanden sich zwei Frauen: Rosa Luxemburg und Clara Zetkin. Diese beiden gingen auch sofort ans Werk, innerhalb der sozialistischen Frauenbewegung, der gesamten Sozialdemokratie und der proletarischen Massen den schärfsten grundsätzlichen Widerstand gegen den Krieg und den Sozialpatriotismus des sozialdemokratischen Parteivorstands, der Reichstagsfraktion und der ungeheuren Mehrheit der Parteipresse zu wecken, zu organisieren und zu Aktionen zu treiben. Sie gingen dabei von der Auffassung aus, daß auch für Deutschland der Weltkrieg kein Verteidigungskrieg sei, sondern ein Raub- und Eroberungskrieg des kapitalistischen Imperialismus. Ihre Losung: Krieg dem Kriege. Gegen die einander national bekriegenden, ausbeutungs- und machtgerigen Kapitalistenklassen der Staaten die internationale Solidarität der Proletarier aller Länder. Nicht Weltkrieg, Weltrevolution: Überwindung des Kapitalismus und Aufrichtung des Sozialismus als Werk der international verbundenen und kämpfenden Arbeiter aller Länder. Die klarblickendsten und energischsten Männer und Frauen in der Sozialdemokratie nahmen den Kampf für diese Losungen auf. Namentlich viele Frauen machten sie zu den ihrigen, und gerade unter den führenden Sozialistinnen fanden sie mutige und opferbereite Kämpferinnen. Es seien genannt: Käthe Duncker, Margarete Wengels, Regina Ruben, J. Arensee in Berlin, Lore Agnes in Düsseldorf, Toni Sender in Frankfurt a. M., Frida Wulff in Breslau, Auguste Lewinsohn in Dresden, Martha Schlag in Chemnitz, Marie Hartmuth in Königsberg usw.

Der Kampf mußte gleichzeitig nach zwei Fronten geführt werden: gegen die Regierung und gegen den sozialdemokratischen Parteivorstand und all die organisatorischen „Instanzen“ der sozialdemokratischen Partei. Die Regierung bot gegen die revolutionären Sozialistinnen alle Gewaltmittel des Belagerungszustandes und der Zensur auf, der Parteivorstand und die Instanzen bekämpften sie mit allen Kniffen und Pfiffen des Parteiapparats, ebenso mit aller brutalen Macht, die dieser in die Hände der Führenden gab. Die Genossinnen konnten nur unter den größten Schwierigkeiten und Gefahren gegen den Krieg und für die revolutionäre Solidarität der Proletarier aller Länder arbeiten und kämpfen. Ihre Tätigkeit mußte vorwiegend eine geheime, eine unterirdische sein. Ihre Verbindungen untereinander, ihre Sitzungen, Versammlungen usw. waren geheim und in höchstem Maße bespitzelt, ihre Aufrufe, Flug-

blätter usw. mußten in der Hauptsache geheim verbreitet werden. Ihre öffentlichen Versammlungen, Vorträge usw. wurden verboten, ihre Veröffentlichungen, die legal erscheinen sollten, verfielen ebenfalls dem Verbot oder wurden durch die Zensur bis zur Sinnlosigkeit verstümmelt. Was durch Unterdrückungsmaßregeln der Polizei, den Militärdiktatoren und der Zensur nicht gelang, das suchten der Parteivorstand mit dem Stab seiner „Instanzenpolitiker“ abzuwürgen. Frauen waren in großer Zahl unter denen, die wegen ihrer sozialistischen, revolutionären Antikriegsagitation verhaftet, verurteilt oder auch ohne Anklage und Urteil in Schutzhaft gesteckt wurden. Rosa Luxemburg mußte plötzlich 1915 das Jahr Gefängnis abbüßen, zu dem sie vor Kriegsausbruch wegen ihrer antimilitärischen Agitation verurteilt worden war. Wenige Wochen, nachdem sie in die „Freiheit“ zurückgekehrt war, wurde sie 1916 in Schutzhaft genommen und von Gefängnis zu Gefängnis geschleppt, bis die Revolution ihr das Kerkertor öffnete. Clara Zetkin wurde 1915 in monatelange Untersuchungshaft genommen und nur gegen Kautionsentlassung, weil ihre Gesundheit durch die Haft schwer geschädigt war. Lore Agnes saß im Gefängnis usw. Der sozialdemokratische Parteivorstand maßregelte Clara Zetkin, indem er ihr von heute auf morgen die Redaktion der „Gleichheit“ entzog, die sie gegründet und 27 Jahre lang geleitet hatte. Sie durfte nicht einmal die im Druck befindliche Nummer der Zeitschrift zu Ende redigieren und sich von ihren langjährigen Mitarbeiterinnen und Leserinnen verabschieden. Frida Wulff wurde aus ihrem Amt als Parteisekretärin in Breslau hinausgeworfen und Luise Zietz, die lange unentschieden hin- und hergeschwankt hatte und erst spät in Rebellion getreten war, aus dem Parteivorstand entfernt. Allein was tat es, daß Führerinnen der Kämpfer gegen den Krieg und für die proletarische Revolution „unschädlich“ gemacht werden sollten? Der Kampf selbst ging weiter und warf immer größere, stärkere Wellen. Daß die Kriegspolitik in der Sozialdemokratie zur Spaltung führte, ist ganz wesentlich mit das Werk führender Frauen; ein sehr großer Teil der weiblichen Parteimitglieder ging mit der Opposition, darunter die anerkannt besten Agitatorinnen und Organisatorinnen.

In ihrer Eigenschaft als internationale Sekretärin war Clara Zetkin vom Tage des Kriegsausbruchs an bemüht, die internationalen Verbindungen zwischen den Sozialistinnen der kriegführenden Staaten und auch der neutralen Länder nicht zerreißen zu lassen, sondern zu festigen und die Frauen international als Macht gegen den Krieg und für den Sozialismus auf das geschichtliche Blachfeld zu führen. Diese Bemühungen hatten Erfolg. In der Internationale der Sozialisten- und Arbeiterorganisationen waren die Frauen die ersten, die sich in internationaler Solidarität und zu solidarischem Handeln zusammenfanden. Schon in den ersten Monaten waren die Verbindungen zwischen den sozialistischen Frauen der einzelnen Länder wieder hergestellt und Ende März 1915 konnte in Bern eine außerordentliche Internationale Konferenz sozialistischer Frauen tagen. An ihr nahmen außer Vertreterinnen der Sozialistinnen aus Holland, Italien und der Schweiz führende Sozialistinnen teil aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Rußland, Polen. Die

Konferenz nahm eine Resolution an, welche die grundsätzliche Stellung der internationalen Sozialistinnen zum Weltkriege festlegte und damit die Richtlinien gab für ihre Arbeit, ihren Kampf gegen das Völkermorden und für die soziale Revolution. Die Konferenz rief die sozialistischen Frauen aller Länder auf, mit höchster Energie und Hingabe hinter das grundsätzliche Bekenntnis die praktische Tat zu setzen, nicht bloß zu beschließen und zu erklären, vielmehr zu handeln. Der Anfang damit sollte mit der Verbreitung eines Manifestes der Konferenz in allen Ländern gemacht werden. Der Beschluß ist zur Ausführung gelangt, u. a. auch in England und Frankreich. In Deutschland sind gegen eine Million des Manifestes<sup>5)</sup> im geheimen zur Verbreitung gelangt. Viele sozialistische Männer und Frauen haben dafür das Gefängnis kennen gelernt. Die Internationale Frauenkonferenz hatte nicht bloß ohne den Segen des sozialdemokratischen Parteivorstands getagt, sondern war mit seinem Bannfluch belegt worden. Sie war die erste internationale Veranstaltung gegen den Krieg und für den Sozialismus, die erste internationale Aktion, die den sozialistischen Parteien und Arbeiterorganisationen ihre Pflicht zeigte und bewies, daß bei klarer Erkenntnis und festem Willen die Erfüllung internationaler revolutionärer Pflicht möglich war. Die Frauen gaben das erste Beispiel der nötigen Rebellion gegen die Parteidisziplin. Sie gingen der sozialistischen Jugendinternationale und der Opposition in den sozialistischen Parteien wegweisend, handelnd voran. Die Konferenz der Sozialistinnen zu Bern hat die Bahn gezeigt und den Bann gebrochen für Zimmerwald und Kiental.

Es war in den Dingen begründet, in der revolutionären Natur des Kampfes, den die Sozialistinnen gegen den Krieg führten, daß die Dokumente ihres Wirkens nicht vollständig gesammelt werden konnten, Aufrufe, Flugblätter usw. wurden so rasch und so zahlreich als nur möglich unter die Frauen geworfen. Sie aufzubewahren, zu sammeln, war gefährlich, nahezu unmöglich bei den häufigen Haussuchungen und der argusäugigen Bspitzelung der führenden Sozialistinnen und der Personen, die zu ihrem Bekanntenkreis gehörten. Es gibt indessen einige Dokumente von geschichtlichem Wert, die die grundsätzliche Überzeugung und Arbeit der Sozialistinnen während des Krieges und gegen den Krieg künden. Der theoretischen Bedeutung nach ist an erster Stelle zu nennen die sogenannte Juniusbroschüre von Rosa Luxemburg, Verlag „Rote Fahne“ Berlin; eine gründlichere Analyse der Ursachen und des Wesens des imperialistischen Weltkriegs vom Standpunkt des historischen Materialismus, eine Analyse, die mit dem Ausblick auf die aufziehende Weltrevolution schließt. Ferner „Die Internationale“, eine Zeitschrift, die die revolutionären Sozialisten theoretisch und praktisch führen sollte und deren erste Nummern sofort beim Erscheinen verboten wurden. Ihre Begründerin und Herausgeberin war Rosa Luxemburg, außer Franz Mehring und Karl Liebknecht hatten Clara Zetkin und Käthe Duncker Beiträge in ihr. Des weiteren „Die Spartakusbriege“, die ebenfalls die Sozialisten zum Kampfe gegen den Krieg und für die Revolution grund-

<sup>5)</sup> Erklärung der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz zu Bern. Zu beziehen durch Clara Zetkin, Sillenbusch, Degerloch b. Stuttgart.

sätzlich schulen, sammeln und tatbereit machen sollten. Auch sie waren mit Rosa Luxemburgs Werk und enthielten viele Beiträge von ihr. Alle diese Dokumente erschienen illegal und wurden illegal verbreitet. Als der legale Ausdruck der Überzeugung der Sozialistinnen und gleichzeitig legales Kampfesmittel war „Die Gleichheit“, herausgegeben und redigiert von Clara Zetkin und nach deren Maßregelung durch den sozialdemokratischen Parteivorstand die „Frauenbeilage“ zu der Leipziger Volkszeitung. Beide Organe erschienen im steten, zähen Kampf mit dem Belagerungszustand und der Zensur. Viele Artikel und Beiträge wurden verboten, andere schändlich verstümmelt. Die Zensur untersagte sogar, daß die unterdrückten Beiträge und Stellen durch weiße Flecken oder auch nur durch Punkte und Gedankenstriche kenntlich gemacht wurden. Dennoch sind diese beiden Veröffentlichungen ein klarer, bündiger Beweis dafür, mit welcher Klarheit, Leidenschaft und Stärke sozialistische Frauen in Deutschland gegen den Krieg und für den internationalen Sozialismus, die Revolution gekämpft haben.“



# 1916

fand die pazifistischen Frauen trotz aller militärischen Überwachung und Verbote intensiv an der Arbeit.

Am 2. Januar war in der Paulskathedrale in London ein nationaler Bittgottesdienst abgehalten worden. Der Erzbischof von Canterbury leitete den Gottesdienst mit den Worten ein:

„Lasset uns Gott bitten, daß er aus den Wirren und dem Elend des Krieges ein besseres Verständnis für das wahre Verhältnis von Recht und Macht erwachsen lasse und ein tieferes Erfassen der Botschaft Christi in seiner Bedeutung für die Gemeinschaft der Völker. Mögen wir keinen Wunsch haben, unsere Feinde vernichtet zu sehen, nur um ihrer Demütigung willen.

Lasset uns für sie wie für uns selbst wünschen, daß ihre Augen für die Erkenntnis der Wahrheit geöffnet werden mögen; lasset uns beten, daß durch die Gnade Gottes der Tag kommen möge, an dem wir einander verstehen und achten lernen und uns als Freunde vereinigen, um nach dem gemeinsamen Guten zu streben.

Und vor allem lasset uns beten, daß wir, wenn der ersehnte Friede kommt, von dem festen Willen erfüllt sein mögen, die bittere Erinnerung an unsere Kämpfe dadurch auszulöschen, daß wir von neuem als Menschen von gutem Willen uns in den Dienst der hohen Aufgabe stellen, die Völker der Welt zur wahren Erkenntnis unseres einzigen Erlösers und Herrn über uns alle und zum Gehorsam gegen ihn zu führen.“

Dieses Gebet wurde, versehen mit dem Zusatz: „Möchten alle Geistlichen sich angetrieben fühlen, in diesem Sinne, jeder in den Formen, die sein Bekenntnis ihm eingibt, die einstige Verständigung der Völker vorbereiten zu helfen,“ von unseren Berliner Mitarbeiterinnen in 40 Tausend Exemplaren verbreitet und den Geistlichen aller Konfessionen zugestellt. Die Verbreitung war bis auf einige Tausend Exemplare gelungen, als die Militärbehörden davon Kenntnis erhielten. Geschehenes war nicht ungeschehen zu machen! Haussuchungen fanden statt, das noch vorhandene Material wurde beschlagnahmt, die Veranstalterinnen zu einer Geldstrafe verurteilt.

In verschiedenen Städten wurden pazifistische Bibliotheken eingerichtet zur freien Benutzung für Jedermann. Ein Austausch zwischen den Frauen des Auslandes fand nach Möglichkeit statt. Es wurden internationale Zusammenkünfte in Kopenhagen, Stockholm oder New York geplant, die trotz aller Anstrengungen nicht zustande kamen. In einem Schreiben aus jener Zeit heißt es: „In allen kriegführenden Ländern ist man am Werk, unsere kulturellen Bestrebungen zu unterbinden, uns die Arbeit unmöglich zu machen

Nehmen wir das als einen Beweis mehr für die Richtigkeit unserer Bestrebungen und harren wir mit Geduld aus, unsere Zeit muß kommen, wo das, was wir anstreben, Gemeingut der Masse sein wird, sie kommt vielleicht früher, als wir jetzt ahnen.“ Die feste Zuversicht, die sich in allen Kundgebungen der Frauen der Internationalen Frauenausschüsse findet, ihre unermüdliche, tätige Propaganda, die durch keinen militärischen Erlaß oder militärische Überwachung sich unterbinden ließ, verschärfte die militärische Aufsicht.

Am 19. Januar richtete die Münchener Polizeidirektion folgendes Schreiben an den Nationalen Frauenausschuß für dauernden Frieden. Diese war natürlich durch das Kriegsministerium dazu gezwungen worden, denn der damalige Chef der Münchener Polizei, Herr von Grundherr, unterstützte in einem gewissen Sinne die Arbeit pazifistischer Frauen. Das Schreiben trug in Buchstaben von der Größe eines Zentimeters die Aufschrift: „Eilt! Gegen Empfangsbestätigung!“ und wurde persönlich abgegeben.

„Gemäß § 3 des Reichsvereinsgesetzes ergeht die Aufforderung, binnen einer Frist von fünf Tagen — vom Tage der Zustellung an gerechnet — die für den „Nationalen Frauenausschuß für dauernden Frieden“ verbindlichen Satzungen, sowie das Verzeichnis aller Mitglieder der hiesigen Geschäftsstelle (Vor- und Zuname, Stand, Wohnung und Ausschußamt) der Kgl. Polizeidirektion vorzulegen.“

Die Antwort lautet:

„An die Kgl. Polizeidirektion München.

Gemäß erhaltener Aufforderung betr. Angabe der Satzung und Mitgliedschaft des Nationalen Ausschusses für dauernden Frieden teile ich höflichst mit, daß dieser nationale Ausschuß keinerlei Organisation oder feste Vereinigung ist, die auf Grund einer Satzung zusammengeschlossen wäre.

Der Internationale Frauenkongreß im Haag April 1915 hat einen in Amsterdam befindlichen Vorstand eingesetzt zur Vorbereitung eines II. internationalen Frauenkongresses, der zur gleichen Zeit und am gleichen Ort tagen soll, wie die zu erwartende Friedenskonferenz der Mächte, die den jetzigen Weltkrieg zum Abschluß bringen wird. Diesem Internationalen Frauenausschuß in Amsterdam stehen in allen kriegführenden und neutralen Ländern nationale Frauenausschüsse zur Seite, deren Zweck ebenfalls die Vorbereitung des II. Internationalen Frauenkongresses ist. Eine Satzung und Mitgliedschaft besteht demnach nicht. Außerdem erlaube ich mir darauf hinzuweisen, daß im § 3 des Reichsvereinsgesetzes eine Verpflichtung zur Angabe der Mitglieder, selbst für politische Vereine nicht enthalten ist.“

Am 2. Februar wurde ein Brief, datiert vom 28. Januar mit der Aufschrift „Gegen Empfangsbestätigung! Eilt!“ persönlich abgegeben. Sein Inhalt: „In der Anlage erhalten Sie Abdruck der Ent-

schließung des Kgl. bayer. Kriegsministeriums vom 26. lfd. Mts. Nr. 8235 mit dem nunmehrigen Auftrage, binnen einer Woche nach Zustellung dieser Verfügung das verlangte Verzeichnis mit Angabe von Name, Stand und Wohnung der einzelnen Vereinsmitglieder der Kgl. Polizeidirektion vorzulegen. Grundherr.“

Zu Nr. 8235. Das Kgl. Bayer. Kriegsministerium erläßt zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit auf Grund des Art. 4 Ziff. 2 des Kriegszustandsgesetzes sowie § 8 Abs. 2 der Vollzugsvorschriften hiezu folgende Anordnung:

1. Die nachgenannten Vereine:

- a) Friedensvereinigung München,
- b) Bayerischer Verein für Frauenstimmrecht,
- c) Ortsgruppe München des Bayerischen Vereins für Frauenstimmrecht,
- d) Münchener Vereinigung für Frauenstimmrecht,
- e) Nationaler Frauenausschuß für dauernden Frieden,
- f) Ortsgruppe München des Frauenbundes der Deutschen Friedensgesellschaft,
- g) Forum-Gesellschaft München,

haben binnen einer Woche nach Zustellung dieser Anordnung ein vollständiges Verzeichnis ihrer Mitglieder in zweifacher Fertigung an die Kgl. Polizeidirektion München einzureichen.

2. Jede Änderung im Mitgliedstande sowie in der Zusammensetzung des Vorstandes ist unverzüglich der Kgl. Polizeidirektion München anzuzeigen.

3. Die Veröffentlichung der vorstehenden Anordnung wird untersagt.

4. Zuwiderhandlungen werden nach Maßgabe des Kriegszustandsgesetzes bestraft.

Kgl. Bayer. Kriegsministerium.

M ü n c h e n , 26. Januar 1916.

Kurz und bündig wurde erwidert, daß der Nationale Frauenausschuß für dauernden Frieden kein Verein sei, daher die betreffenden Maßnahmen für ihn nicht in Betracht kämen.

Am 3. März richtete das Kriegsministerium an die Leiterin der Münchener Geschäftsstelle und Schriftführerin der Internationale folgende Mitteilung:

„Die von der „Deutschen Friedensgesellschaft“, der „Friedensvereinigung München“, dem Bunde „Neues Vaterland“, verschiedenen Frauenstimmrechtvereinen und anderen Vereinen und Einzelpersonen des In- und Auslandes im gegenseitigen Zusammenwirken betriebene pazifistische Agitation hat in den letzten Monaten einen Umfang und Formen angenommen, welche die öffentliche Sicherheit gefährden.

Euer Hochwohlgeboren nehmen an dieser Bewegung tätigen Anteil.

Im Anschluß an die anderwärts von den zuständigen Militärbefehlshabern bereits getroffenen Maßnahmen ordnet daher das Kgl. Bayer. Kriegsministerium auf Grund des Art. 4 Ziff. 2 des Kriegszustandsgesetzes, § 8 Abs. 2 der Vollz.-Vorschr. hiezu für die Dauer der Verhängung des Kriegszustandes zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit folgendes an:

#### I.

Jede öffentliche und nicht öffentliche Werbetätigkeit, die unmittelbar oder mittelbar pazifistischen Bestrebungen (einschließlich der pazifistisch gerichteten Frauenrechtbestrebungen) dient, sowie jeder darauf bezügliche schriftliche Verkehr mit dem Auslande, insbesondere der Post- und Telegrammverkehr, wird Ihnen hiemit untersagt.

#### II.

Desgleichen wird Ihnen jede Reise ins Ausland untersagt, wofern nicht das Kgl. Bayer. Kriegsministerium oder das zuständige stellv. Generalkommando vorher die Genehmigung erteilt hat.

#### III.

Ferner wird Ihnen jede auf die Herstellung, Ausgabe und Verbreitung von vervielfältigten Mitteilungen irgendwelcher Art (insbesondere von Vereinsmitteilungen) gerichtete Tätigkeit untersagt, wofern die Mitteilungen irgendwie auf pazifistische Vereine oder Bestrebungen Bezug haben und nicht das Kgl. Bayer. Kriegsministerium bzw. das örtlich zuständige stellv. Generalkommando die Genehmigung erteilt hat.

#### IV.

Die Veröffentlichung der gegenwärtigen Anordnung wird hiemit verboten.

#### V.

Zuwiderhandlungen werden nach Maßgabe des Kriegszustandsgesetzes bestraft.

Außerdem hätten Sie, nachdem Sie die bayerische Staatsangehörigkeit nicht besitzen, je nach Umständen zu gewärtigen, daß Ihnen der weitere Aufenthalt in Bayern versagt wird. Dies würde insbesondere dann der Fall sein, wenn Sie Ihren Verkehr mit dem „Internationalen Frauenausschuß für dauernden Frieden“ und Ihre Tätigkeit für den „Nationalen Frauenausschuß für dauernden Frieden“ fortsetzen sollten.

Jetzt war es Zeit zu handeln, die Zeit drängte! Alles Material des Nat. Fr. A. f. d. Fr., Akten, Briefe usw. wurden aus der Münchener Geschäftsstelle zu einer Interessentin gebracht. Wenige Tage darauf fand bei dieser Haussuchung statt. Das gesamte Material wurde beschlagnahmt, alle Bemühungen, es zurück zu erhalten, waren vergeblich; erst nach der Revolution gelangte es in den Besitz des Nat. Fr. A. f. d. Frieden zurück.

Die Vertrauenspersonen im Reiche wurden von dem Vorgehen in München verständigt, der Mittelpunkt der Arbeit wurde nach Hamburg verlegt, Bayern von außen her mit Material versehen, all' das stand

keineswegs in Widerspruch mit dem Verbot vom 3. März; die Befugnisse des königl. bayer. Kriegsministeriums reichten über Bayerns Grenzen nicht hinaus.

In Stuttgart wurde die Auslieferung der Mitgliederliste vom stellvertretenden Generalkommando gefordert und abgelehnt. Darauf erfolgte Vorladung, die Vertrauensperson wurde gefragt:

Wo befindet sich die Mitgliederliste?

Wo sind die eingegangenen Gelder?

Was würden Sie hier in Stuttgart tun, wenn es Ihnen möglich wäre, zu arbeiten?

Auf die beiden ersten Fragen wurde die Antwort einfach verweigert. Zur dritten wurde erklärt, man solle das Weitere abwarten, was dann geschehen würde, würde man schon auf dem Generalkommando rechtzeitig erfahren.

In Bremen gab eine öffentliche Versammlung — die einzige während der Kriegsjahre —, auf der ein Geistlicher das Thema „Politik und Moral“ behandelte, den erwünschten Vorwand zum Eingreifen. Bei mehreren der Interessenten fanden Haussuchungen statt, Akten und Papiere wurden beschlagnahmt, die Vertrauenspersonen einen ganzen Tag auf der Polizeiwache festgehalten, von da ab gab es dauernde Beunruhigung. Kurz vor Ausbruch der Revolution drohte man mit Schutzhaft, wenn die konsequente Weigerung der Auslieferung der Mitgliederliste nicht aufgegeben würde.

Zu gleichen und ähnlichen Vorgängen kam es in Breslau und anderen Städten. Nirgends ließen die Frauen sich einschüchtern, nirgends sich von den Militärpersonen imponieren. Überall verharrten sie auf ihrem Standpunkt und lieferten die „nicht vorhandenen Mitgliederlisten“ nicht aus.

Wie scharf die Zensur geübt wurde, erhellt folgender Fall. Die bekannte Gegnerin Kitcheners, Emily Hobhouse, war durch Vermittlung von Bissing im Juni nach Berlin gekommen; sie setzte sich brieflich mit der Münchener Vertrauensperson d. Nat. Fr. A. f. d. Fr. in Verbindung; die Zensur sorgte dafür, daß das Schreiben, welches die Verabredung einer Zusammenkunft enthielt, ihr zugestellt wurde, als Miß Hobhouse Deutschland bereits verlassen hatte. Die Verfolgungen wurden immer nachdrücklicher betrieben, verschiedenen pazifistischen Frauen wurde das Reden nicht nur auf öffentlichen Versammlungen sondern in geschlossenen Sitzungen untersagt, immer mit der Weisung, daß das Verbot nicht veröffentlicht werden dürfte.

Diese willkürlichen militärischen Verordnungen veranlaßten den Ausschuß, sich mit nachstehendem Gesuch an den Reichskanzler zu wenden.

„Im Namen vieler deutscher Frauen bitten wir, veranlassen zu wollen, daß den Überschreitungen der durch den Belagerungszustand geschaffenen militärischen Machtbefugnisse bezüglich der Preßfreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechtes, sowie der Verletzung des Postgeheimnisses gegen viele Männer und Frauen Einhalt geboten wird.

## Begründung :

Seit Ausbruch des Krieges haben deutsche Männer und Frauen in der richtigen Erkenntnis der Sachlage mit bestem Erfolge den durch nichts gerechtfertigten ungeheuren Haß gegen Deutschland im Auslande zu bekämpfen versucht und zu diesem Zweck die in Friedenszeiten geschlossenen freundschaftlichen Beziehungen des neutralen und kriegführenden Auslandes aufrecht erhalten und im Interesse ihres Vaterlandes ausgenutzt.

Sie haben nichts unversucht gelassen, um den Völkerhaß in allen Ländern, aber auch in Deutschland zu mildern, um so das größte Hindernis für die Herbeiführung eines dauernden Friedens frühzeitig zu beseitigen.

Diese Tätigkeit ist ihnen seitens der Kriegsministerien und örtlichen Militärbehörden unter Androhung schärfster Strafen untersagt worden.

Einige wurden in Schutzhaft gesetzt, unzählige Haussuchungen fanden statt, bei denen die intimsten Familienangelegenheiten nicht geschont wurden. Das Briefgeheimnis wurde verletzt, Briefe und Telegramme abgefangen, geöffnet, nicht zugestellt. Im Auslande wurde bekannt, daß mit den deutschen Pazifisten keine Verständigung und kein Verkehr möglich ist.

Trotzdem nichts Belastendes gefunden wurde, verfolgen die Militärbehörden einen Teil der deutschen Bevölkerung mit Androhungen jeder Art, zu denen weder der Belagerungszustand noch ein anderes Ausnahmegesetz Grund und Handhabe bietet.

So behandelt man deutsche Männer und Frauen, die ihre ganze Arbeitskraft in den Dienst des Vaterlandes stellen und die die Herbeiführung des Friedens beschleunigen helfen wollen, indem sie die anderen Völker zu überzeugen suchen, daß auch die Deutschen ein redlicher Wille zur Versöhnung der Völker beseelt.

Die Alldutschen, die Vertreter der entgegengesetzten Gesinnung, organisieren ungestört in allen Städten des Deutschen Reiches ihre Ausschüsse, sammeln für ihre Petitionen und verhetzenden Aufrufe in allen Kreisen der Bevölkerung Unterschriften, fördern, wo sie können, den Völkerhaß und treiben ungestört ihre öffentliche und nichtöffentliche Propaganda.

Indem wir auf diese Tatsache hinweisen, bitten wir Euer Exzellenz, veranlassen zu wollen, daß dem Verfahren, Bürger eines Staates mit zweierlei Maß zu messen, Einhalt geboten wird und daß die völlig ungerechtfertigten Maßnahmen gegen Organisationen und Personen, die mit ihren pazifistischen Bestrebungen gerade in dieser Zeit kiegerischer Verhetzung dem Deutschen Reiche große kulturelle Dienste leisten könnten, aufgehoben werden.

Wir hoffen bestimmt, daß wir Euer Exzellenz überzeugt haben, daß unseren Bestrebungen Gerechtigkeit geschaffen werden muß und daß uns dasselbe Recht gewährt werden muß, wie den Alldutschen.“

Merkwürdig war auch die Art, wie man mit der Erteilung von Pässen vorging. Als die im Bayer. Kriegsministerium verpönte Leiterin

der Münchener Geschäftsstelle im Juni um einen Paß für Kopenhagen nachsuchte, erhielt sie den Bescheid, daß dem Gesuch nicht Folge gegeben werden könne, da nach Sachlage eine derartige ausnahmsweise Durchbrechung nicht in Einklang zu bringen wäre mit dem im Schreiben vom 6. März 1916 auferlegten Ausreiseverbot. Fünf Monate später erhielt sie jedoch die Genehmigung zur Ausfahrt nach Amerika, da wußte man plötzlich nichts mehr von dem auferlegten Ausreiseverbot. Jedenfalls wäre damals die pazifistische Tätigkeit der deutschen Frauen in Amerika den deutschen militärischen Behörden sehr erwünscht gewesen. Oder glaubte man auf diese Weise vielleicht unliebsame Pazifisten dauernd los zu werden?

Auf Drängen verschiedener Vertrauenspersonen, die glaubten, mit einem Programm besser arbeiten zu können, wurde im Herbst ein solches aufgestellt. Erstaunlicherweise brachten einige Zeitungen es sogar zum Abdruck. Das Programm enthielt vier Punkte.

I. Unterstützung der vorhandenen und Aufstellung neuer Forderungen auf erzieherischen, politischen, gesetzgeberischen, sozialen und wirtschaftlichen Gebieten, die geeignet sind, den Wiederausbruch von Kriegen unter den Kulturvölkern zu verhindern.

II. Unterstützung und Neuschaffung internationaler Beziehungen.

III. Versuch, alle in Deutschland vorhandenen Organisationen, deren Zweck es ist, den Ausbruch von Kriegen zu verhindern, zu einem losen Bunde zusammenzuschließen, der ihre Stoßkraft nach außen stärkt, ohne im geringsten die Freiheit und Selbständigkeit der einzelnen Organisationen im Innern anzutasten.

IV. Forderung der politischen Gleichberechtigung der deutschen Frauen, um wirksamen Einfluß auf die staatlichen Angelegenheiten ausüben zu können.

Der dritte Punkt erledigte sich schon im nächsten Jahre dadurch, daß die im Dezember gegründete Zentralstelle für Völkerrecht diese Arbeit in die Wege leitete. Der vierte Punkt erhielt seine Erfüllung durch die Revolution; so umfaßt das Programm heute nur noch zwei Punkte.

Die Tätigkeit des Jahres 1916 schloß mit einem Gruß an die Gleichgesinnten der Welt:

„Zum drittenmal jährt sich in diesem grausigen Völkerkrieg das Weihnachtsfest, das Fest des Friedens und der Liebe. Oh, welcher Hohn! — denn noch immer klirren die Waffen. Kriegsqual, Greuel, Not, Elend, zieht durch die europäischen Lande. Völkerhaß läßt menschliches Fühlen im Keime ersticken. — Rechtlosigkeit herrscht überall.

Zum drittenmal jährt sich seit Kriegsausbruch die Jahreswende! Rückwärts schauend trübt sich der Blick, in Trümmer brach was teuer, hehr und heilig schien; vorwärts schauend umgibt uns dunkle Nacht, alles Hoffen auf Frieden, so oft enttäuscht, schwand dahin, — wir ahnen nicht, was die Zukunft birgt. Finster und trübe ist alles um uns her, nur ein schwaches Flämmchen verbreitet matten Schein im Nebel. Es kommt von der kleinen Schaar von Männern und Frauen, die in allen kriegführenden Ländern treue Wacht halten, sie hören kaum von einander,

sie sehen sich nicht und wissen doch, daß sie da sind. Kein äußeres Band hält sie zusammen, aber stärker als dieses vereint sie innerliche Gesinnung, sie wissen sich eins im Hoffen und Streben. Sie harren treu auf ihren Posten in Geduld der Zeit entgegen, wo die Kriegsfurie an sich selbst zerschellt, der Zeit, die den Völkern die Freiheit des Wortes und des Handelns wiedergibt und freie Bahn schafft der Völkerverständigung, dem Völkerrecht.

Das Feuer am Herd der Internationale erlosch nicht, wie viele glauben, nur die Gewalt hindert es, zur Zeit hell aufzulodern, doch wird es täglich und stündlich genährt und glimmt weiter, es kann nicht erlöschen, wird wieder hell aufflammen, wenn jene, die jetzt treue Wacht halten, der Fesseln ledig sind.

Der kleinen Schaar von Frauen und Männern, den Gleichgesinnten in allen kriegführenden und neutralen Ländern senden deutsche Frauen ein treues Gedenken zum Weihnachtsfest, zur Jahreswende 1917.

Wir harren treu bis unsere Zeit wieder kommt!“



# 1917

Je länger der Krieg dauerte, um so schärfer wurden die Verfolgungen gegen die Pazifisten. 1917 kam es zu Ausweisungen in Bayern und Baden. Die Münchener Vertrauensperson wurde gezwungen, Bayern im März zu verlassen. Gesetzlich waren derartige Ausweisungen nicht zulässig, denn das bayerische Kriegszustandsgesetz, welches als Unterlage für diese Maßregel dienen sollte, hatte keine Kraft, die Reichsverfassung aufzuheben, welche jedem Deutschen Niederlassung und Aufenthalt in jedem deutschen Bundesstaate gewährleistet.

Es wurde nichts unterlassen, den herrschenden Gesetzen Geltung zu verschaffen. Reichs- und Landtagsabgeordnete, auch die „Münchener Post“ setzten sich mit aller Energie für die Ausgewiesenen ein; die Gerichte wurden in Anspruch genommen, alles umsonst. Hier zeigte es sich wieder einmal, daß es für den Militarismus kein Recht und kein Gesetz gibt, er kennt nur die brutale Gewalt, die sich über alles hinweg setzt. Wer ihr nicht weicht, wird vernichtet. Einige der Ausgewiesenen kehrten erst nach der Revolution „offiziell“ an ihren Wohnort zurück, „inoffiziell“ hatten sie sich dort ohne Wissen einer „hochwohlhälllichen“ Militärbehörde aufgehalten, wann immer es ihre Arbeit forderte und ihnen ihr Sinn danach stand.

Die Propaganda von Person zu Person wurde trotzdem unentwegt weiter betrieben; in 29 Städten des Deutschen Reiches waren Vertrauenspersonen gewonnen; man war sich aber wohl bewußt, daß diese Arbeit hinter verschlossenen Türen eine stark begrenzte war, man strebte hinaus in die Öffentlichkeit, denn die Masse des Volkes mußte für die Ideen der Völkerverständigung und des dauernden Friedens gewonnen werden. Dazu gab der zweite Jahrestag der internationalen Frauenkonferenz den besten Anlaß. Als Ort wurde Frankfurt a. M. gewählt, es war die einzige Stadt, wo öffentliche Versammlungen, die sich mit dem kommenden Frieden, mit Völkerverständigung usw. beschäftigten, zugelassen wurden. Die dortige Vertrauensperson, ein unerschrockener Mensch, hatte in Sachen des Vereins für Mutterschutz auf der Polizei zu tun, als die erledigt waren, erklärte sie so nebenher: „Da fällt mir eben ein, ich kann gleich fragen, bekomme ich die Genehmigung zu einer öffentlichen Versammlung des Nat. Fr. A. f. d. Fr.“ „Zur Zeit ausgeschlossen“, lautete die kategorische Antwort. Sie: „Kann ich die hiesigen Interessenten mit einigen auswärtigen Interessenten zu einer Aussprache einladen, ohne anmelden zu müssen?“ Der Beamte: „Das Beste ist, Sie fragen mich nicht“. Mit einem herzlichen Danke war unsere Vertrauensperson zur Türe hinaus. Der Beamte lief ihr nach und meinte lachend: „Darum also die Anfrage den Verein Mutterschutz betreffend und jetzt die Eile, haben Sie Angst, wir könnten Ihnen wieder Schwierigkeiten machen?“ Sie lief die

Treppe schnell hinunter und rief von unten hinauf: „Ich bin schon fort!“ So fand am 30. April die erste unangemeldete Tagung von Vertrauenspersonen und Interessenten des Reiches statt; Gleichgesinnte waren froh, endlich einmal zusammen kommen zu können, um die Arbeitsgebiete persönlich zu besprechen. Dem Reichstag wurde folgende Entschließung gesandt:

„In Erinnerung an den Haager Internationalen Frauenkongreß 1915 tagen in 22 kriegführenden und neutralen Ländern, die dem Internationalen Frauenausschuß für dauernden Frieden angeschlossen sind,

nämlich in Australien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, England, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Holland, Norwegen, Österreich, Neuseeland, Polen, Rumänien, Rußland, Schweden, Schweiz, Uruguay, Ungarn und Vereinigte Staaten von Nordamerika Frauensammlungen, um bei ihren Regierungen für die Herbeiführung eines dauernden Friedens zu wirken.

Um den gleichen Zielen zu dienen, sind auch deutsche Frauen zusammengetreten und fordern die deutsche Regierung auf, alle Mittel zu ergreifen, die zur Beendigung des grauenvollen Krieges führen. Den Weg dazu erblicken die Frauen darin, daß die Regierung klar ausspricht, was die deutschen Kriegsziele sind, insbesondere erklärt, daß sie einem Frieden zustimmt ohne Annexionen.

Die Völker haben das unbedingte Recht zu verlangen, daß endlich ein Weg zur Verständigung gefunden werde!“

Kundgebungen ähnlicher Art waren wiederholt in der Presse veröffentlicht worden, die Veröffentlichung dieser Eingabe von Frauen aber wurde in Stuttgart vom Generalkommando verboten.

Als im Laufe des Spätsommers durch die Annahme der sogenannten Mehrheitsresolution im Reichstage, politische Parteien — insbesondere die Alldeutschen, — Männervereine, und die abhängigen sozialdemokratischen Frauen im ganzen Reiche öffentliche Versammlungen abhielten, glaubte auch der Nat. Fr. A. f. d. Fr. dieses Recht für sich in Anspruch nehmen zu können. Dr. Anita Augspurg sollte in Stuttgart über: „Die Frauen und der kommende Frieden“ reden. Trotz wiederholter schriftlicher und mündlicher Auseinandersetzungen wurde die Genehmigung von der Stadtdirektion, wie immer, ohne Angabe stichhaltiger Gründe verweigert. Ein zweiter, dritter und vierter Versuch wurde in Berlin, Hamburg und Bremen gemacht, alle mit der gleichen Erfolglosigkeit. Die Hamburger Mitarbeiterin brachte in Erfahrung, daß die Weisung von Berlin ausgegangen war, Frauen pazifistischer Richtung öffentliche Versammlungen ein für allemal zu untersagen; die Antragsteller seien unter Anführung irgend eines Gesetzes abzuweisen.

Interessenten, die dem Nat. F. A. f. d. Fr. angehören wollten, hatten wiederholt an dem Worte: „National“ Anstoß genommen; sie erklärten, daß dadurch bei nicht Eingeweihten der Verdacht erweckt würde, der Ausschuß huldige chauvinistischen Bestrebungen, eine Abänderung des Namens sei im Interesse der Sache geboten. Das Wort: „Nationaler“ wurde durch „Deutscher“ ersetzt.

Mit gleichgesinnten Vereinen, wie dem „Bund Neues Vaterland“, der Zentralstelle für Völkerrecht und der Deutschen Friedensgesellschaft wurde in treuer Kameradschaft gearbeitet. In vielen Fällen ging man gemeinsam vor. So z. B. mit folgender Petition:

### An den Deutschen Reichstag!

Die unterzeichneten Organisationen, Deutsche Friedensgesellschaft, Bund Neues Vaterland, Nationaler Frauen-Ausschuß für dauernden Frieden und Zentralstelle Völkerrecht gestatten sich, an den Deutschen Reichstag die Bitte zu richten, er wolle gleich nach Beendigung seiner Osterferien in Würdigung der vollkommen neuen Lage, die für die Frage von Friedensverhandlungen durch die russische Staatsumwälzung geschaffen ist, sich für folgende Grundsätze aussprechen:

1. Deutschland verzichtet gegenüber dem neuen, freien Rußland, das die nationalen Rechte der dem russischen Reiche eingegliederten Fremdvölker zu achten verspricht, auf alle Forderungen, die auf Gebietsänderungen abzielen. Es ist bereit, einen Frieden ohne irgend welche Eingriffe in den territorialen Bestand des russischen Staatswesens zu schließen. Vorausgesetzt wird dabei, daß die nationalen Rechte der Deutschen in Rußland in gleicher Weise wie die der übrigen Nationalitäten des russischen Reiches sichergestellt und alle gegen die Rechtsgleichheit verstoßenden Willkürakte aus der Zeit der alten autokratischen Regierung rückgängig gemacht werden.

2. Die Reichsregierung möge sich bereit erklären, zur Ergänzung des Friedensangebotes vom 12. Dezember v. J. in geeigneter Weise die Bedingungen bekannt zu geben, die sie den gegnerischen Mächten auf einem Friedenskongreß zu unterbreiten beabsichtigt.

3. Der Reichstag ist gewillt, eine Politik zu unterstützen, die sich in Konsequenz der Erklärungen des Herrn Reichskanzlers vom 9. November v. J. eine internationale Verständigung über eine den Frieden sichernde zwischenstaatliche Organisation (einen „Friedensbund“ der Völker“) zur Aufgabe setzt und für eine vertragsmäßige Beschränkung der Rüstungen mit dem Ziel der allgemeinen Abrüstung eintritt.

4. Der Reichstag ist gewillt, diese Politik zugleich zu stützen auf eine Erneuerung unseres inneren politischen Lebens, die, geboren aus den Erfahrungen dieses Krieges und gestaltet lediglich nach dem Willen und nach den Bedürfnissen des deutschen Volkes, doch zugleich auch Schwierigkeiten beseitigen wird, die bisher einem vertrauensvollen internationalen Zusammenwirken im Wege standen und er fordert die sofortige Inangriffnahme der dafür nötigen gesetzgeberischen Maßnahmen.

Dieselben Organisationen äußerten sich zur Kriegszielfrage durch eine Eingabe an den Reichstag am 16. VII. 17; sie forderten:

1. Einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker, ergänzt durch Anerkennung des Rechtes nationaler Minderheiten auf kulturelle, wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung, auf ungehinderten Gebrauch der Muttersprache und auf freie Ausübung des religiösen Bekenntnisses;

2. für die wirtschaftlichen Beziehungen möglichst ungehinderten internationalen Gütertausch, freien Verkehr und offene Tür;

3. daß zugunsten der Schaffung internationaler Rechtsorganisationen einer Wiederkehr des verderblichen und gefährlichen Rüstungswettkampfes durch internationale Vereinbarung über allgemeine Abrüstung vorgebeugt werde.

Gemeinsame Eingaben mit ausführlichen Begründungen, betreffend Aufhebung der politischen Zensur wurden am 1. Juli und 2. Oktober gemacht. Der Deutsche Frauen-Ausschuß richtet am 5. September an den Reichskanzler Michaelis ein Gesuch in gleicher Sache.

Es lautete:

„Der D. Fr. A. f. d. Fr. richtet an Ew. Exz. die dringende Bitte, veranlassen zu wollen, daß den Überschreitungen der durch den Belagerungszustand geschaffenen militärischen Machtbefugnisse bezüglich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechtes sowie der Verletzung des Postgeheimnisses gegen den unterzeichneten Ausschuß und mehrere seiner Vertreterinnen Einhalt geboten werde.

Seit Ausbruch des Krieges haben sich in 22 kriegführenden und neutralen Ländern N. Fr. A. f. d. Fr. gegündet, mit dem Zwecke, den überall aufsteigenden Haß zu bekämpfen und Völkerverständigung anzubahnen. Die Prinzipien dieser Ausschüsse sind in den Beschlüssen des Internationalen Frauenkongresses vom Mai 1915 im Haag niedergelegt worden und erfolgen in der Anlage I. Die Prinzipien decken sich im Wesentlichen mit den Tendenzen der vom Reichstag angenommenen und von Ew. Exz. in vollem Umfange vertretenen Friedensresolution vom 19. Juli 1917.

Mit dem Standpunkt, den Reichstag und Regierung dadurch eingenommen haben, ist es unvereinbar, deutsche Frauen, lediglich weil sie gleichen Prinzipien huldigen, mit Haussuchungen, bei denen private Korrespondenzen nicht geschont werden, zu belästigen, ihnen die Abhaltung von öffentlichen und geschlossenen Versammlungen von Zusammenkünften in Privathäusern, sowie jede auf Völkerverständigung hinzielende Propaganda-Arbeit zu verbieten, sie aus Staaten des Deutschen Reiches (Baden und Bayern) auszuweisen, ihre Korrespondenz dauernd unter Zensur zu stellen und ihnen jede Möglichkeit zu nehmen, mit gleichgesinnten Frauen des neutralen Auslandes zu verkehren, indem man ihnen Pässe verweigert, ihre Briefe und Telegramme unterschlägt. Die Alldeutschen, die Vertreter der entgegengesetzten Gesinnung, organisieren ungestört in allen Städten des Deutschen Reiches ihre Ausschüsse, kaufen große deutsche Tageszeitungen auf, die sie unbehelligt von der Zensur in ihrem Sinne wirken lassen, sammeln für ihre Petitionen und verhetzenden Aufrufe in allen Kreisen der Bevölkerung Unterschriften, fördern, wo sie können, den Völkerhaß und treiben ungestört ihre öffentliche und nicht-öffentliche Propaganda.

Indem wir auf diese Tatsache hinweisen, bitten wir Ew. Exz. veranlassen zu wollen, daß dem Verfahren, Bürger eines Staates mit zweierlei Maß zu messen, Einhalt geboten wird und daß die völlig ungerecht-

fertigten Maßnahmen gegen Organisationen und Personen aufgehoben werden, die mit ihren völkerverständigenden Bestrebungen gerade in dieser Zeit kriegerischer Verhetzung dem Deutschen Reiche große kulturelle Dienste leisten könnten.

Frauen der anderen kriegführenden Länder, an erster Stelle die unserer Verbündeten, Österreichs und Ungarns, dürfen ungestört eine weitgehende Propaganda für ihre Ideen machen, sie stehen in dauernder Verbindung mit dem neutralen Auslande, sind in der Lage, die von der feindlichen Presse verbreiteten Unwahrheiten persönlich richtig zu stellen, stützen die in Friedenszeiten geschlossenen freundschaftlichen Beziehungen, arbeiten gegen Völkerhaß, für Völkerverständigung und dienen ihrem Vaterlande für künftige Zeit. Auch die Anhänger des Nat. Fr. A. f. d. Fr. in Deutschland möchten im Interesse ihres Vaterlandes ein Gleiches tun können und hoffen zuversichtlich, daß Ew. Exz. ihren Bestrebungen möglichst bald Gerechtigkeit schaffen wird durch Aufhebung der gegen sie verhängten Maßnahmen.“

Im Dezember erging an den Reichskanzler Graf Hertling das dringende Gesuch: „Bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen mit Rußland, Finnland, Rumänien und eventuell Serbien von Annexionen und Kriegsschädigungen Abstand zu nehmen, den Völkern das Selbstbestimmungsrecht zu gewährleisten und zum Ausdruck zu bringen, daß Deutschland bereit ist, die Frage der Abrüstung zu Lande und zu Meer im Sinne der Papstnote zu regeln. Dem Herrn Reichskanzler eine Begründung dieser Forderungen zu geben, die alle darauf hinzielen, dauernden Frieden unter den Völkern anzubahnen, erübrigt sich. Wir als Frauen nehmen aber Veranlassung, auf eine weitere Forderung hinzuweisen, die eines der besten Mittel ist, um dauernden Frieden unter den Kulturvölkern zu schaffen und die, als solches erkannt, seitens der neuen russischen Regierung bereits erfüllt worden ist, nämlich: Die Verleihung des Stimmrechts an die Frauen. Der Ausschuß ersucht deshalb:

Die Deutsche Regierung wolle dem Reichstage eine Gesetzesvorlage auf Verleihung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes an die Frauen unverzüglich unterbreiten.“

Dem Papst wurde im August durch den Münchener Nuntius auf seine Friedensnote eine Sympathiekundgebung überreicht, die in einer verhältnismäßig großen Anzahl von Tageszeitungen zum Abdruck kam und lautete:

„Millionen von Müttern aller Nationen, die sich in bangem Weh und tiefem Leid um ihre Gatten und Söhne härmten, haben dankbaren Herzens die päpstliche Friedensbotschaft vernommen! Millionen von Frauen aller Nationen, die sich in Kummer über die Geschehnisse dieses grausigen Krieges verzehren, senden Ew. Heiligkeit warmen Dank, die abermals eine Friedensbotschaft in die Lande sandte! Millionen von Frauen aller Konfessionen, die nur der eine Gedanke beseelt, daß diesem entsetzlichen Blutvergießen endlich ein Ende bereitet werde, jubeln der Friedensbotschaft zu und schöne Gedanken warmer Menschlichkeit wur-

den dem Priester gewidmet, welcher die erlösenden Worte aussprach! Frauen von 22 Ländern, die nicht der Gewalt, sondern dem Rechte die Herrschaft zuerkennen, die für alle Völker der Erde gleiche Daseinsberechtigung fordern, die den Weg der Völkerverständigung, des dauernden Friedens anbahnen helfen wollten, haben sich schon im ersten Kriegsjahre zusammengeschlossen und versucht, dem Blutvergießen ein Ende zu bereiten. Sie beriefen 1915 einen internationalen Frauenkongreß nach dem Haag, sie entsandten ihre Delegierten an alle kriegführenden und neutralen Regierungen, sie wurden im Sommer 1915 auch von Ew. Heiligkeit empfangen. Aber sie waren machtlos — wer achtet der Frauen —, ihr Ruf, ihre Bitten, ihre Vorstellungen blieben ungehört. Möge die mächtige Stimme Ew. Heiligkeit, welcher der Chor aller Völker Widerhall gibt, die Gewissen der Regierungen aufrütteln und sie zum Frieden zwingen. Das ist der Wunsch der deutschen Frauen, die dem Werk der Friedensbotschaft warmen, tiefgefühlten Dank entgegenbringen, der stumm, unausgesprochen von Millionen von Frauen in diesen Tagen in Gedanken dem Vatikan entgegenströmt.“

Der schlesische Fr. A. f. d. Fr. ersuchte den Reichskanzler um Zulassung von Frauen zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. Das Gesuch wurde vom Staatssekretär von Kühlmann mit folgenden Worten beantwortet: „Die edlen Motive werden durchaus gewürdigt, wenn es auch nach Lage der Dinge nicht möglich ist (?) dem Antrage näher zu treten.“ Die schlesische Vertrauensperson hatte auf Grund persönlicher Beziehungen eine Audienz beim Reichskanzler Michaelis. Sie versuchte, ihn für die Arbeit des Ausschusses zu gewinnen, brachte die Schwierigkeiten für die Erlangung von Pässen zur Sprache und bat um Abänderung. Er erwiderte darauf: „Die deutschen Sozialdemokraten haben auf meine persönliche Veranlassung die Pässe nach Stockholm bekommen. Den bürgerlichen Männern und Frauen können wir aber keine Pässe bewilligen, weil die Verwirrung (?) sonst noch größer würde. Arbeiten Sie gegen die Chauvinisten in Deutschland, denn die Alldeutschen erschweren es uns ungeheuer, zu einem Frieden zu kommen. Sobald der Waffenstillstand da ist, beginnt die Mission der Frauen. Dann können sie wieder international verhandeln!“

Immer das Gleiche! Männer nehmen den Frauen, so lange es Zeit ist, jede Möglichkeit zu helfen und ihren Einfluß durchzusetzen. Die Männer brauen ein Chaos zusammen, opfern Millionen von Menschenleben und dann, wenn es zu spät ist, erlauben sie gütigst den Frauen „ihre Mission“ auszuüben. Logik, Dein Name ist Mann.

Nicht nur in den Schulen, wie aus dem Bericht 1916 hervorgeht, sondern auch in der Kirche wurde in unverantwortlicher Weise für den Krieg gehetzt. Ein Geheim-Erlaß des evangelischen Konsistoriums in Stuttgart fiel dem Deutschen Frauenausschuß für dauernden Frieden in die Hand, der durch Vermittlung des evangelischen Konsistoriums gegen Pazifismus und Völkerversöhnung scharf machend und zu Spitzel- und Denunziantentum auffordernd, an alle evangelischen Pfarrämter in Württemberg versandt wurde:

Dem evangelischen Pfarramt . . . . . wird der nachfolgende Erlaß, der dem Ev. Konsistorium von dem K. Ministerium mit dem Ersuchen um Mitwirkung bei der in dem Erlaß näher bezeichneten überaus wichtigen Aufgabe zugegangen ist, zu vertraulicher Kenntnisnahme und Beachtung mitgeteilt.

gez. Zeller.

Geheim. Erlaß des K. Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens an die Behörden und Anstalten des Kultdepartements vom 29. Nov. 1917. Nr. 7900.

Im Laufe des Krieges hat der feindliche Nachrichtendienst in immer steigenderem Maße seine Tätigkeit über das Gebiet der militärischen Erkundigung hinaus erstreckt. Die Bestrebungen haben auch das wirtschaftliche Gebiet umfaßt, um hiedurch eine möglichst weitgehende wirtschaftliche Schädigung der Mittelmächte zu erreichen. Außerdem ist er dazu übergegangen, einen besonderen Sabotagedienst gegen kriegswirtschaftlich wichtige Vorräte und Betriebe einzurichten. Des weiteren sind die Gegner jetzt besonders bemüht, unsere innerpolitischen Verhältnisse in ihrem Sinne zu beeinflussen und auf politische Unruhen hinzuwirken. Die nötigen Handhaben für seine Tätigkeit findet der Feind vor. Die Ernährungsschwierigkeiten und die sonstigen Entbehrungen und Opfer, die der Krieg allen Klassen der Bevölkerung auferlegt, haben im Volke Friedenssehnsucht und in ziemlich weiten Schichten auch eine Mißstimmung gegen die bestehenden Gewalten erzeugt. Gewisse Bestrebungen internationalen Charakters, wie die radikale Sozialdemokratie und der Pazifismus, sind bemüht, die bestehende Gährung für ihre politischen Ideen und Sonderziele auf Kosten vaterländischer Interessen auszunützen. Diese Stimmungen und Bestrebungen sucht der Feind zu unterstützen, die Friedenssehnsucht soll gesteigert, der Glaube an die Gerechtigkeit unserer Sache, das Vertrauen auf den Sieg und die Kraft zum wirtschaftlichen Durchhalten erschüttert werden. Verleumderische, verhetzende Broschüren, Zeitungen und Flugschriften werden auf alle mögliche Weise von neutralen Ländern her eingeschmuggelt, von Flugzeugen und Ballons abgeworfen. In diesen Schriften usw. wird u. a. die deutsche Regierung beschuldigt, den Krieg angezettelt zu haben, ihn zu verlängern, die Arbeiterbevölkerung wird zu Massenstreiks und zu gewaltsamer Auflehnung gegen die bestehende Ordnung, zur Vertreibung der Regierenden aufgefordert, die Soldaten zum Ungehorsam und zur Dienstverweigerung aufgestachelt, auch die Internierten in den neutralen Ländern werden in ähnlicher Weise bearbeitet.

Die genannten feindlichen Bestrebungen lassen namentlich seit dem Eintritt der Vereinigten Staaten ein großzügiges, einheitlich geleitetes Vorgehen erkennen, das nach den bisher vorliegenden Nachrichten noch erheblich ausgebaut und verstärkt werden soll.

Diese Anstrengungen des Feindes sind eine schwere Gefahr für die Aufrechterhaltung der Kampfkraft des deutschen Volkes und damit für

die Kriegführung. Es ist Pflicht aller vaterländisch gesinnten Elemente des Volkes und namentlich aller staatlichen Stellen, bei der Bekämpfung dieser Gefahr mitzuwirken. Die Behörden und Anstalten werden daher im Hinblick auf die genannte sich fortgesetzt steigernde, zielbewußte Tätigkeit des Feindes beauftragt, über alle einschlägigen Wahrnehmungen und Beobachtungen (insbesondere Anstiftungen zu Streiks und inneren Unruhen, pazifistische und ähnliche Bestrebungen internationaler Art, Propaganda unter den Internierten, Versuche in den verbündeten Ländern gegen Deutschland Stimmung zu machen) alsbald hierher zu berichten und zu diesem Zweck die geeigneten Stellen ihres Geschäftskreises, insbesondere in industriellen Gemeinden und Bezirken, mit den erforderlichen Weisungen zu versehen.“

Auf diesen Erlaß antwortete der D. Fr. A. f. d. Fr.:

Stuttgart, 26. Februar 1918.

„An das Kgl. Ministerium des Kirchen- und Schulwesens,  
z. H. Sr. Exzellenz des Herrn Staatsministers Dr. Habermaas.

Vor einigen Wochen ist uns ein Geheimerlaß des K. Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens in die Hände gelangt, in dem unter anderem im vaterländischen Interesse vor pazifistischen Bestrebungen gewarnt wird.

Dieser Erlaß nimmt sich eigentümlich aus neben den Erklärungen der Reichsregierung, wie sie besonders in der Antwort auf die Papstnote enthalten sind. Wenn die Reichsregierung, das Programm der Pazifisten aufnehmend, heute in ihren Reden von Völkerbund, Schiedsgericht und Abrüstung spricht, muß uns die Kriegsansage an die Pazifisten seitens des württembergischen Kultusministeriums in hohem Maße befremdlich erscheinen. Es setzt sich damit in schroffen Widerspruch mit der Reichsregierung. Ist es den Regierungen ernst mit ihren Kundgebungen, so müßten sie die Pazifisten und namentlich die Frauen unter ihnen als dazu berufen anerkennen, die Gedanken der Völkerversöhnung in weite Volkskreise zu tragen, sie müßten sie dabei unterstützen, statt sie zu verdächtigen, daß sie im Interesse des Feindes arbeiten. Es wird wohl der Regierung noch nie der Gedanke gekommen sein, daß die Pazifisten der Entente im Interesse Deutschlands wirken, das gemeinsame Arbeiten der Pazifisten aller Länder liegt im Menschheitsinteresse!

Der Krieg hat dem Menschenfreund manche Illusionen geraubt. Die größte Enttäuschung aber hat ihm die Kirche bereitet. Mit Befremden bemerkt er, wie sich heute kirchliche Kreise, ihrer weltumspannenden Mission vergessend, in den Dienst der Machtpolitik und des Staatsegoismus stellen. Mit Bedauern sieht er, daß auch heute noch die protestantische Kirche nicht erkennt, was zum Frieden der Welt und zu ihrem eigenen Besten dient. Es ist gesagt worden, das Christentum habe bankerott gemacht. Gewiß nicht; die Lehre der allgemeinen Menschenliebe, der Liebe zum Nächsten wie zum Fernsten, behält ewig ihren Wert. Aber die meisten Verkünder dieser Lehre haben während des ganzen Krieges wenig im Sinne derselben getan. Sie, die vor dem

Krieg schon unterlassen haben, den Krieg im Prinzip zu bekämpfen, haben im Krieg nie ihre Stimme gegen die Greuel desselben erhoben, nie vor Repressalien gewarnt, nie gegenüber dem Feinde Milde und Versöhnung gepredigt. Dies alles haben sie dem Oberhaupt der katholischen Kirche überlassen. Anstatt die Führung zu übernehmen und sich mit den Pazifisten zum gemeinsamen Kampf für den Frieden zu vereinen, verdächtigen ihre amtlichen Stellen die Menschen, die sich aufrecht und ohne Furcht für hohe Menschheitsziele einsetzen und beschuldigen sie, die Geschäfte des Feindes zu besorgen.

Es wird eine Zeit kommen, in welcher der Pazifismus, der heute verhöhnt und gelästert wird, von der ganzen Menschheit getragen wird. Die Kirche aber wird beschämt beiseite stehen müssen als diejenige, welche die Zeit nicht verstanden und welche es versäumt hat, mitzuwirken, um die Menschheit von ihrem furchtbarsten Brandmal, dem Kriege, zu befreien.“

Als man von alldeutscher Seite daran ging, unter dem Namen: „Heimatheer deutscher Frauen“ das Denunziantenwesen zu organisieren, wurde folgender Protest gemeinsam mit dem Deutschen Frauenstimmrechtsbund erlassen, durch Flugblätter und in der Presse verbreitet:

„Die unterzeichneten Organisationen erheben energischen Einspruch gegen den Inhalt eines in Berlin erschienenen „Merkblattes“ zur Organisation eines „Heimatheeres deutscher Frauen“. Was hier als Pflicht jeder deutschen Frau bezeichnet wird, bedarf der strengsten Nachprüfung seitens der Frauen.

Punkt 3 bezeichnet als solche Pflicht:

„In der Öffentlichkeit, in Straßen-, Stadt- und Untergrundbahnen, an Schaltern und in Warteräumen, in Volks- und Mittelstandsküchen, in Theatern usw. jeglicher flaumacherischen Äußerung entgegenzutreten. (Es wird sich dabei empfehlen, jeden aufkeimenden Unwillen durch Hinweis auf den wahren Schuldigen der Kriegsbeschwerden, den Vielverband, hinzulenken.)“

Frauen mit Verantwortlichkeitsgefühl müssen diesen Rat energisch zurückweisen. Abgesehen von der Unmöglichkeit, die Schuldfrage dadurch zu lösen, daß man über den Gegner das „Allein Schuldig“ ausspricht, wird kein Gerechtdenkender die Kriegswucherer im eigenen Lande auf Kosten der Feinde von der Mitschuld an den Kriegsbeschwerden freisprechen können. Außerdem ist es nicht Mission der Frauen, Öl in die Flammen des Völkerhasses zu gießen, sondern Brücken zur Verständigung zu bauen.

Aufs schärfste aber wenden wir Frauen uns gegen Punkt 5:

„Klagen und Gerüchte, die besonders geeignet sind, die Stimmung nachteilig zu beeinflussen, zur Kenntnis der Kriegsberatungsstelle zu bringen, besonders flaumachende Personen festzustellen und namhaft zu machen.“

Wir Frauen sehen in der Aufforderung an „tausende deutscher Frauen“, in ihren Reihen ein ausgedehntes Spitzel- und Denunzianten-

wesen zu organisieren, eine unerhörte Beleidigung unseres Geschlechts, eine erniedrigende Zumutung, die man dem Manne nicht bieten würde und die in schreiendem Widerspruch steht zu all den schönen Worten, mit denen man im Kriege die Frauen überschüttet hat.

Wir sehen aber auch die große Gefahr für unser Vaterland. Es gab eine Zeit, da galt in deutschen Landen der Spruch:

„Der schlimmste Mann im ganzen Land  
Das ist und bleibt der Denunziant.“

Werden jetzt die Dinge auf den Kopf gestellt, wird Denunzieren zur patriotischen Tat, so liegt darin die Gefahr einer Korruption, die weit über den Krieg hinaus ihre unheilvollen Kreise zieht. Verzicht auf die Vornehmheit und Lauterkeit der Gesinnung bedeutet Preisgabe der besten und edelsten Kräfte unseres Volkes. Unsicherheit und gegenseitiges Mißtrauen werden die erstrebte Einigkeit und Brüderlichkeit zunichte machen und jede freie Meinungsäußerung und damit jede Entwicklungsmöglichkeit im Keim ertöten.

Aus diesen Gründen erheben wir Frauen lauten Protest dagegen, zu solchen Dingen unsere Hände zu leihen. Wir lenken die Blicke der maßgebenden Stellen auf diese Verirrungen mit dem Ersuchen, um der Würde der Frauen, um der Zukunft unseres Volkes willen diesem Treiben mit allen gesetzlichen Mitteln Einhalt zu tun.“

Schon im Jahre 1915 war den sämtlichen Reichstagsabgeordneten ein Exemplar der Haager Beschlüsse zugesandt. Aus Gesprächen mit verschiedenen Abgeordneten ging hervor, daß diese gar keine Nötiz von denselben genommen hatten. Darum wurde die Zusendung 1917 wiederholt und beifolgendes Schreiben hinzugefügt:

„Sehr geehrter Herr!

Endesunterzeichneter Deutscher Frauenausschuß für dauernden Frieden gestattet sich, Ihnen die Beschlüsse des im April—Mai 1915 im Haag stattgehabten Internationalen Frauenkongresses zu überreichen.

Nachdem die Mehrheit des Reichstages im Juli die Friedensresolution angenommen hat, erscheint es uns im Interesse zukünftiger gemeinsamer politischer Arbeit von Männern und Frauen ratsam, daß den deutschen Volksvertretern bekannt werde, daß die Frauen kriegführender und neutraler Länder schon im April 1915 den Standpunkt vertreten haben, der in der Juli-Resolution des Reichstages zum Ausdruck kam.

Da es aber „n u r“ Frauen waren, die diese Forderungen aufstellten, vertraten und unter den erschwertesten Umständen verteidigten, nahm die Öffentlichkeit kaum Notiz davon. Beschlüsse, welche der Resolution des Reichstages mehr als 2 Jahre vorausgingen, sind der deutlichste Beweis dafür, daß es den Frauen keineswegs an politischer Fähigkeit, Einsicht und Initiative gebricht, die man ihnen, ganz besonders bei uns in Deutschland, so gern abspricht.“

In diesem Jahre erhielt der Deutsche Frauenausschuß für dauernden Frieden zuverlässige Nachrichten vom Auslande, daß die seitens der Regierung wiederholt, auch dem Reichstage gegenüber bestrittenen De-

portationen in Belgien und Nordfrankreich unter den grausamsten Umständen stattgefunden hätten und noch immer stattfänden. Man richtete an den Hauptausschuß des Reichstages das dringende Ersuchen:

„von den Militärbehörden nochmals Aufklärung über die Deportationen, besonders diejenigen von Frauen und Mädchen, aus dem belgischen Gebiet zu fordern und darauf zu dringen, daß bei den aus militärischen Gründen erforderlichen Deportationen mit aller nur denkbaren Schonung verfahren werde. (Der letzte Satz bezieht sich darauf, daß in Deutschland von militärischer Seite als Grund für die Deportationen — nachdem man sie nicht mehr leugnen konnte — ausgesprengt wurde, sie fänden lediglich statt zum Schutze der Bewohner von Gegenden, welche durch die Kriegsführung bedroht wären — also in deren eigenem Interesse.)

Wiederholt, zum letztenmal vor wenigen Tagen, haben Frauen kriegführender Länder — durch die Vermittlung von Frauen neutraler Staaten — den deutschen Frauen ihre Klagen übermittelt, wegen der Rücksichtslosigkeit und Grausamkeit, mit der das deutsche Militär bei den Deportationen auf belgischem Gebiet vorgeht und gebeten, bei den maßgebenden Instanzen auf Abänderung zu dringen.

Den deutschen Reichsangehörigen ist unter der unbeschränkten Militärherrschaft jede Möglichkeit genommen, sich über diese — den im Auslande allgemein und auf Kosten der Achtung vor dem Reiche geführten Klagen zugrundeliegenden — Verhältnisse Einblick und Urteil zu verschaffen. Daß die Klagen begründet sind, geht jedoch aus der Tatsache hervor, daß im Reichstage bereits Verhandlungen über diese Angelegenheit stattgefunden haben. Es erübrigt sich daher für die Antragsteller jede weitere Begründung. Die damals seitens des Kriegsministers gegebenen Versprechen sind offenbar nicht innegehalten worden, wie die immer wiederholten Klagen beweisen.

Aus Gründen der Menschlichkeit, im Interesse des Ansehens des deutschen Reiches und der Autorität des Reichstages richten wir an den Hauptausschuß des deutschen Reichstages die dringende Bitte, unverzüglich vorzugehen und mit Nachdruck auf Abstellung zu dringen.“

Der Verkehr mit dem Auslande war 1917 fast ganz unterbunden. Aus Amerika kam im Februar die Botschaft: „Viele amerikanische Frauen vereinigen sich mit den Mitgliedern des Internationalen Ausschusses für dauernden Frieden, um ihren deutschen Schwestern herzliche Grüße zu senden. Wir hoffen, daß der Krieg noch nicht unvermeidlich ist.“ Darauf erfolgte die Antwort: „Deutsche Frauen teilen herzlich grüßend Euren Wunsch.“ Es erging Mitteilung aus den neutralen Ländern, daß die Frauen sich bemühten, ihre Regierungen zu veranlassen, einen Druck auf die kriegführenden Mächte auszuüben, damit diese endlich Friedensverhandlungen anbahnten. Zu den Gedenkfeiern der Internationalen Frauenkonferenz im April, die in vielen Ländern, besonders in Ungarn, mit großen öffentlichen Versammlungen und Straßenumzügen begangen wurden, machte der Deutsche Frauenausschuß Sympathiekundgebungen,

d. h. Gratulationen, wie wenn sie zu Hochzeiten und Kindtaufen gesandt wurden, weil die Erfahrung gelehrt hatte, daß andere die Zensur nicht passierten.

Bei der Studienkonferenz der Zentralorganisationen für dauernden Frieden, die in den letzten Tagen des Dezember in Bern tagte, war der Deutsche Frauenausschuß durch Dr. Helene Stöcker vertreten, die unter den größten Schwierigkeiten einen Paß erhalten hatte.

In den letzten Tagen des Jahres 1917 wurde den russischen und finnischen Frauen ein Gruß gesandt, von dem man nie in Erfahrung gebracht hat, ob er jemals seinen Bestimmungsort erreicht hat. Er lautete: „Im Osten, wo die Sonne aufgeht, steigt nun der Friede herauf! Den Augenblick der Wiedereröffnung der Grenze ergreifen wir, um den russischen (finnischen) Frauen nach langer schmerzlicher Trennung unsere Grüße zuzurufen. Nach langen Jahren des Schreckens und des Blutvergießens sehen wir dem langersehnten Frieden entgegen und hoffen, daß die Zukunft uns in freien Staaten unter freien Völkern zu gemeinsamer Arbeit für Recht, Kultur und Fortschritt vereinigt. Das Jahr 1918 beginnt verheißungsvoll, möge sein Verlauf die ganze Erde mit Frieden segnen.“



# 1918

Frieden mit Rußland! Das war der Ausklang des Jahres 1917. — Wie der Ertrinkende sich an einen Strohalm klammert, der ihm Rettung zu bringen scheint, so klammerten sich die pazifistischen Frauen an die ersten Friedensverhandlungen, die sie als Anfang der Erlösung vom Weltkriege begrüßten. Aber schon die ersten Tage des Jahres 1918 zeigten, daß die Verhandlungen in Brest-Litowsk einer trostlosen Komödie glichen, wie so vieles andere im Laufe des Weltkrieges. Die Kriegsfurie hatte sich noch nicht ausgetobt, Brest-Litowsk war die letzte Vorbereitung für den letzten Akt der schaurigen Weltragödie.

So brachte das Jahr 1918 noch Arbeit genug für den Deutschen Frauenausschuß für dauernden Frieden, aber Arbeit in anderem Sinne, als das Ende 1917 erwarten ließ.

Der erste Protest galt den Verhandlungen in Brest-Litowsk. Er ging der Regierung und den Mitgliedern des Reichstages zu und lautete:

„Weite Kreise der Bevölkerung des Deutschen Reiches erfüllt die Auslegung der Regierung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, die militärische Einmischung in die äußere Politik und der Ton, der durch den deutschen militärischen Vertreter in die Verhandlungen von Brest-Litowsk hineingetragen wird, mit banger Sorge, um einen ehrenhaften Friedensschluß.

Da es den Frauen, welche dem Deutschen Frauenausschuß für dauernden Frieden angehören, durch die Militärbehörden unmöglich gemacht wird, durch öffentliche Versammlungen an Volksvertretung und Regierung zu appellieren, ihre Forderungen aufzustellen und zu vertreten, bleibt ihnen nur übrig, sich auf schriftlichem Wege an die Reichstagsabgeordneten zu wenden.

Sie fordern im Interesse der Abkürzung dieses Weltkrieges, im Interesse eines günstigen Verlaufes weiterer Friedensverhandlungen und des Ansehens des Deutschen Reiches, daß die Volksvertretung

- I. der Regierung vorschreibt, daß unter dem Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht eine gekünstelte verklausulierte Auslegung des Begriffes zu verstehen sei, sondern die allgemeingültige Auffassung eines völlig unabhängigen, durch keine militärische Besatzung oder Verwaltungseinwirkung beeinflussten Völkerreferendums, d. h. einer persönlichen Stimmabgabe aller mündigen Männer und Frauen,
- II. mit aller Energie auf die Entfernung der militärischen Teilnehmer von den Friedensverhandlungen dringt.

Die von der deutschen Regierung dargelegte Auffassung vom Selbstbestimmungsrecht der Völker hat weite Kreise des deutschen Volkes mit tiefem Unwillen erfüllt. Sie läuft in der Praxis auf Annexionen

hinaus, steht somit nicht nur im Widerspruch mit dem Beschlusse der Mehrheit des Reichstages vom 19. Juli 1917 und der von Volk, Regierung und Kaiser stets vertretenen Behauptung, daß Deutschland nur einen Verteidigungskrieg, keinen Eroberungskrieg führe, sondern auch mit den den jetzigen Friedensverhandlungen vorausgegangenen allgemeinen Festsetzungen.

Das Bestreben unserer Regierung, es mit keiner der bestehenden politischen Parteien zu verderben, ihre im demokratisch gefärbten Ton gehaltenen Reden und Versprechungen, die unbefolgt und unerfüllt bleiben, die unheilvolle Schaukelpolitik, die seit Jahren in Deutschland betrieben wird, tragen dazu nicht bei, das Vertrauen in die deutsche Regierung im In- und Auslande zu steigern und das gerade in einer Zeit, wo nichts so sehr wie sichere Zuverlässigkeit das deutsche Ansehen stärken und die Wiederanbahnung einer Völkerverständigung erleichtern würde.

Diese trostlosen Verhältnisse sind nicht zum wenigsten darauf zurückzuführen, daß man bei uns den militärischen Organen gestattet, die politischen Angelegenheiten beeinflussen zu wollen, während sie grundsätzlich und mit Recht durch § 2 des deutschen Wahlgesetzes, von der aktiven Politik ausgeschlossen sind. Schon ihre Art des Auftretens, entbehrt, wie die Verhandlungen in Brest-Litowsk bewiesen haben, der unter Zivilpersonen üblichen Verkehrsformen, der militärische Ton führt zu unliebsamen Zwischenfällen, die bei der Anbahnung von Friedensverhandlungen möglichst zu vermeiden sind und die auf jeden Dritten peinlich verstimmend wirken.

Der bisherige Verlauf der Verhandlungen in Brest-Litowsk kann nur dazu führen, das Vertrauen in die Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit der deutschen Politik bei Freund und Feind, im In- und Ausland schwer zu erschüttern. Die maßgebenden Faktoren, zu denen der deutsche Reichstag in erster Linie gehört, haben daher alle Ursache und die dringende Verpflichtung, den herrschenden Kurs in Bahnen zu lenken, welche keinen Zweifel darüber lassen, daß das deutsche Volk an dem versprochenen Friedensabschluß ohne Annexionen aufrichtig und unweigerlich festhält.“

Die zweite Auseinandersetzung geschah mit dem neugegründeten Volksbund für Freiheit und Vaterland, der in seinem Aufruf alle deutschen Frauen „zur tatkräftigen Mitarbeit“ aufforderte, dessen Programm aber keineswegs die politische Gleichberechtigung der Frauen ins Auge faßte. Hier der Wortlaut des Schreibens:

„An den Vorstand des neugegründeten Volksbundes für Freiheit und Vaterland richtet der unterzeichnete Frauenausschuß für dauernden Frieden die höfliche Anfrage:

ob der Volksbund gewillt ist, bei seinen Bestrebungen für „inneren Neuaufbau von Freiheit, Glück und Ansehen des Vaterlandes“ der rechtlichen und politischen Freiheit der Frauen zu gedenken und die völlige Gleichberechtigung von Mann und Frau im Reich und in den Bundesstaaten ernstlich und wirkungsvoll zu fördern?

Die Fragesteller beabsichtigen keineswegs dem Volksbund gleich zu Beginn seiner Tätigkeit das Hemmnis eines verwirrenden und belastenden Problems auf den Weg zu legen, sie sind aber der Überzeugung, daß in der augenblicklichen Zeitlage ein Kulturvolk, das aufwärts- und vorwärts strebt, der Stellungnahme zur politischen Frauenfrage nicht ausweichen kann.

Alle grundsätzlichen, historischen und praktischen Gesichtspunkte, welche für die staatsrechtliche Emanzipation der Frauen sprechen, dürfen bei den Persönlichkeiten, welche den Vorstand des Volksbundes bilden, als bekannt vorausgesetzt und deshalb nicht wiederholt werden. Das gleiche gilt für die allseits anerkannten Leistungen der Gesamtheit der Frauen für den Staat während des Krieges. In dieser Beziehung haben die deutschen Frauen sich von den Frauen keiner anderen Nation unterschieden oder übertreffen lassen. In der Anerkennung und Lobpreisung der Frauenleistungen herrscht ebenfalls kein Unterschied zwischen den deutschen und den anderen Männern. Wohl aber droht ein solcher Unterschied sich einzuschleichen hinsichtlich der praktischen Schlußfolgerung aus diesem Anerkenntnis.

Während in den anderen Ländern der von den Frauen augenfällig erbrachte Beweis bürgerlicher Verantwortlichkeit, politischer Reife, tatsächlicher Unentbehrlichkeit für den Bestand des Staates die Gewährung ihrer staatsbürgerlichen Gleichberechtigung ausgelöst hat, in England, in Rußland, in den Vereinigten Staaten (wo die Änderung der Bundesverfassung zu diesem Zwecke unter Führung Wilsons von der Regierung in Angriff genommen ist), deuten bei uns bisher alle Zeichen dahin, daß der bekannte „deutsche Idealismus“ sich mit Gefühlen und Worten begnügt und auf Taten verzichtet.

Während das ganze deutsche Volk sich soeben aufrafft, um den Abstand auszugleichen, der auf politischem Gebiete seinen Einfluß auf den Staat von dem der westlichen Nationen unterscheidet, während unsere Regierung unter dem Drucke des fest betonten Volkswillens einer Demokratisierung und Parlamentarisierung unseres Verfassungslebens sich unterwirft, sind wir zugleich im Begriff, auf einem anderen Felde der Politik uns wiederum von den Westmächten überholen zu lassen und eine neue Rückständigkeit gegenüber ihrem Fortschritt zu schaffen, nämlich in Bezug auf die Frauen.

Die politische Emanzipation der Frauen ist mehr als eine formale Maßregel, sie bedeutet eine *Wesensänderung* des Staatslebens und diejenigen Großstaaten, welche sie einführen, werden aus ihr tiefgreifende Reformen, eine Verjüngung ihrer Kultur und einen wesentlichen Fortschritt hervorgehen sehen, das beweisen die Tatsachen in den wenigen Staaten, in denen das Frauenstimmrecht bereits zur Wirkung gelangt ist.

Wir lenken die Aufmerksamkeit des Volksbundes auf alle diese Momente, wenn wir ihm empfehlen, bei seiner ferneren Tätigkeit sein Programm auch hinsichtlich der Frauen zur folgerichtigen Durchführung zu bringen. Der Volksbund will auf volkstümlich freiheitlicher Grundlage ein neues Deutschland in eine Gemeinschaft der Kulturstaaten ein-

gliedern, sein Ansehen innerhalb dieser Gemeinschaft stärken: solche Eingliederung wird erschwert, solches Ansehen gemindert, wenn die Gemeinschaft der anderen Staaten die politische Emanzipation der Frauen durchgeführt hat, in Deutschland hingegen die Frauen im Stande der Rechtlosigkeit festgehalten bleiben.“

Wie nicht anders zu erwarten war, lautete die Antwort ablehnend, obwohl diese Ablehnung nach Möglichkeit in rhetorischen Windungen verborgen und mit Zucker und Honigseim umwickelt wurde. — Die alte Melodie: die Arbeitswilligkeit und Agitationsfähigkeit der Frauen einspannen für die angestrebten Zwecke, aber beileibe ihnen keine eigenen Persönlichkeitsrechte zuerkennen:

„Der Volksbund für Freiheit und Vaterland erhofft und wünscht die Mitarbeit der Frauen in hohem Maße; je mehr die Vaterlandspartei Frauen für ihre Zwecke zu gewinnen sucht — leider häufig und an vielen Orten mit großem Erfolg —, desto mehr muß dem Volksbund daran gelegen sein, die Hilfe und Unterstützung weitester Kreise der deutschen Frauenwelt sich zu sichern. Seinen äußeren Ausdruck findet dieser unser Wunsch in der Vertretung von Frauen im Vorstand, Arbeitsbeirat und Ausschuß des Volksbundes und in der Leitung von Ortsgruppen sollen ebenfalls Frauen beteiligt werden.

Daß die freiheitliche Entwicklung im Innern, der Aufbau des neuen Deutschlands, den der Volksbund anstrebt, auch der Frau und ihrem Rechte zugute kommt, bedarf keiner Darlegung. Sicher wird der Volksbund in dieser Richtung auch sehr weitgehende Forderungen der Frauen vertreten. Dagegen wird es nicht möglich sein, in unser Programm das Verlangen nach völliger Gleichstellung von Mann und Frau im öffentlichen Leben aufzunehmen und zu vertreten. Ganz abgesehen, daß in dieser Hinsicht unter den Verbänden und Mitgliedern des Volksbundes keine einheitliche Auffassung zu erzielen sein würde, könnte ein derartiges Schlagwort sogar für unsere Arbeit recht bedenkliche Wirkungen haben, weil es dem Volksbund sehr weite Kreise entfremden würde, die, im übrigen mit uns einig, sich in diesem Punkte von uns trennen. Wir hoffen aber trotzdem, daß die großen Frauenorganisationen mit dem Volksbund zusammen für Freiheit und Vaterland in die Reihen treten.“

Hatten die Verhandlungen von Brest-Litowsk in dem Kreise des deutschen Frauenausschusses und Gleichgesinnter große Beunruhigung hervorgerufen, so wurde diese noch verschärft durch die Gerüchte, die über die beabsichtigte Frühjahrsoffensive kursierten. An die deutsche Regierung wurde im Frühjahr vom Frauenausschuß eine Warnung gerichtet, zu den Millionen geopferter Menschenleben neue Millionen zu häufen.

„Im Namen von Millionen Frauen aller Länder, die wir mit uns einig wissen, richtet der deutsche Frauenausschuß für dauernden Frieden einen dringenden Appell an die deutsche Reichsregierung, Nichts unversucht zu lassen, um die in Vorbereitung stehende Offensive im Westen zurückzuhalten!“

Wozu zu den Millionen Geopferten neue Millionen Menschenopfer häufen, die unter nicht auszudenkenden Qualen ihr Leben verhauchen? Wozu ganz Europa veröden, es der körperlich und geistig tüchtigsten männlichen Jugend noch weiter berauben? Wozu zu den unsagbar schweren Leiden dieser qualvollen Kriegsjahre der Menschheit und vor allen den Müttern neues Leid, namenlose Qualen hinzufügen? so fragen die Frauen aller Völker.

Der Verlauf dieses Krieges läßt klar erkennen, daß die Entscheidung niemals auf den Schlachtfeldern fallen wird, sondern durch Verständigung herbeigeführt werden muß. Nicht neue Schlachten sind es, die wir brauchen, sondern Verständigung von Land zu Land. Das Verlangen nach ihr wächst täglich unter den Völkern, sie kann und muß gefunden werden.

Kein Gewinn von Land und Gütern kann die Menschenleben aufwiegen, welche einer neuen Offensive zum Opfer fallen müßten, kein Sieg und kein Vorteil kann die Schmach wettmachen, welche vor den Augen der Nachwelt unsere Zeit und unsere Kultur brandmarkt, wenn die Völker Europas mit den unruhlichsten Mitteln massenvernichtender Erfindungen gegenseitig sich hinmorden.

Genug der Schrecken, genug der Gewalt, des Blutvergießens, des Unrechts und des Elends in aller Welt. Die Frauen aller Länder und mit ihnen die besten Männer ihrer Völker fordern Verständigung und Frieden!“

Der Papst wurde gebeten, seine Stimme im gleichen Sinne zu erheben. Der Appell ging ihm in englischer Sprache, die er besser als die deutsche beherrscht, zu. Er lautete:

„Eure Heiligkeit! Im Namen von Millionen von Frauen aller Länder bitten wir Eure Heiligkeit abermals Eure Stimme vor aller Welt für die Beendigung dieses grausigen Krieges zu erheben.

Seit vier Jahren müssen die Frauen mit gebundenen Händen zusehen, wie der Krieg ihre Söhne und Gatten verschlingt. Neue entsetzliche Opfer stehen bevor!

Viele hunderttausende von jungen Leben sind in Gefahr — ungezählte Mütter und Kinder gehen einer trostlosen Zukunft entgegen.

Dieser Krieg steht am Rande seiner furchtbarsten Episode.

Die Frühlingsoffensive wird das Schauerlichste sein, was die Welt je gesehen hat und trotzdem wird sie keine Entscheidung bringen.

Alles Blutvergießen ist und wird vergeblich sein, unschätzbare Kulturwerte sind zwecklos zerstört worden! Dieser Weltkonflikt ist nur durch Verhandlungen zu lösen und die Zeit ist reif für Verhandlungen!

Die Hauptgrundsätze, die schon in der früheren Botschaft Eurer Heiligkeit angedeutet waren, fanden die Zustimmung aller Kriegführenden. Was zu tun übrig bleibt ist: die nähere Bestimmung und Ausführung dieser Grundsätze, die nur durch gegenseitige Verhandlungen herbeigeführt werden kann. Die streitenden Mächte, selbst verstrickt in ihren feindseligen Behauptungen, werden angesichts der drohenden Katastrophe insgeheim froh sein, eine Brücke für Verständigung

und Kompromisse zu finden. Ein neuer mächtiger Appell Eurer Heiligkeit an die Völker und an die Regierungen könnte diese Brücke schlagen! Noch niemals seit Ausbruch des Krieges war die Zeit dafür so günstig wie in diesem Augenblick. Millionen und Abermillionen von Menschen erwarten ihn mit banger Sehnsucht.

Möge Eure Heiligkeit, ausgerüstet mit der höchsten moralischen Autorität auf Erden, wieder zu der Welt sprechen im Namen der Menschlichkeit, des Christentums und der Vernunft.“

Beim Reichstage und Reichskanzler wurde gefordert: „daß den Interessenten des Deutschen Frauenausschusses für dauernden Frieden die Beteiligung an Konferenzen im neutralen Auslande und der Schriftwechsel mit internationalen Schwesterorganisationen zum Zwecke der Völkerverständigung fernerhin nicht mehr verwehrt oder erschwert werde; daß die deutsche Regierung eine Gesetzesvorlage veranlasse, welche die Zulassung der Frauen zum Reichstagswahlrecht ausspricht.“

In der Begründung wird auf die Tätigkeit des Internationalen Fr.-A. f. d. Fr. auf und nach dem Haager Kongreß hingewiesen und angeführt: „daß es durch nichts zu rechtfertigen ist, daß man diesen Frauen in Deutschland bei ihrer darauf einsetzenden Arbeit der Völkerverständigung derartige Schwierigkeiten bereite, daß sie fast völlig von den internationalen Beziehungen abgeschnitten sind und ihnen jede Propaganda im eigenen Lande unmöglich gemacht ist.

Dieser Zustand, welcher im Auslande bekannter ist als im deutschen Reiche, trägt dazu bei, den Ruf deutscher Reaktion und Knechtung deutscher Frauen zu erhöhen. Während in den anderen kriegerischen Ländern, besonders in England und Österreich-Ungarn die Frauen in öffentlichen Versammlungen und Kundgebungen aller Art für eine Völkerverständigung arbeiten können, sind wir deutschen Frauen zu völliger Untätigkeit verdammt, anstatt Zukunftsarbeit leisten zu können, die im Interesse des eigenen Vaterlandes läge.

Wir richten deshalb an Eure Exzellenz die dringende Bitte, diesem unerträglichen Zustande ein Ende zu bereiten und den Angehörigen des deutschen Frauenausschusses dasselbe Recht zu schaffen, das den Angehörigen anderer Organisationen im deutschen Reiche unter dem Kriegszustandsgesetz zusteht.“

Zum Frauenstimmrecht übergehend, wird auf die während dem Kriege in allen Ländern klar erwiesene bürgerliche und politische Vollwertigkeit der Frauen hingewiesen, die in zahlreichen Ländern, wie eingehend dargelegt wird, durch volle politische Gleichberechtigung Anerkennung fand. Von Deutschland wird gesagt:

„Ein Staat, in welchem die Frauen von Recht und Pflicht des öffentlichen Lebens ausgeschlossen sind, wird binnen kurzem in Europa eine seltsame vereinzelte Ausnahme sein.

Wohl sind die Reichsregierung und die Regierungen der einzelnen Staaten bereit, den männlichen Staatsangehörigen tatsächliche politische

Zugeständnisse zu machen, der Frauen aber wird lediglich mit schönen Worten gedacht, obwohl durch ihre unermüdliche Arbeit dem Deutschen Reiche das Durchhalten in diesem Kriege ermöglicht wurde. Wo die Frauen durch eigene Eingaben an die gesetzgebenden Körperschaften wenigstens die Erörterung ihrer Forderungen erzwingen, da ließen die Debatten erkennen, daß die deutschen Männer, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nach wie vor dem veralteten, in allen modernen Kulturstaaten überlebten Grundsatz huldigen, daß den Frauen alle Pflichten aufzubürden, aber keinerlei Rechte einzuräumen sind.

Das Verhalten der Regierung und Volksvertretung hat unter den deutschen Frauen berechtigten Unwillen hervorgerufen.

Wir lenken die Aufmerksamkeit Eurer Exzellenz auf diese Momente, wenn wir bitten, bei Ihren ferneren Maßnahmen auch der Rechte der Frauen zu gedenken. Deutschlands Eingliederung in einen friedlichen Völkerbund wird erschwert, sein Ansehen gemindert, wenn in allen anderen, auch in den uns verbündeten Staaten die politische Emanzipation der Frauen durchgeführt ist, in Deutschland allein jedoch die Frauen im Stande der Rechtlosigkeit festgehalten bleiben.“

Um dem Gedanken des Völkerbundes in Deutschland Verbreitung zu verschaffen, wurde folgende Eingabe an Volksvertretung und Regierung gesandt:

„Während der letzten Monate hat sich das internationale Interesse für die Schaffung eines Weltvölkerbundes in den Vordergrund gedrängt. Weite Volkskreise, Parlamentarier und Regierungen verschiedener Nationen sehen in der Gründung eines Weltvölkerbundes die sicherste Gewähr für die Anbahnung weitgehender Völkerverständigung und für Vermeidung zukünftiger Kriege.

In Frankreich haben die Sozialdemokraten der Pariser Kammer die Regierung aufgefordert, Schritte zu tun, um der praktischen Verwirklichung dieser Forderung nahe zu treten; in Österreich erfolgte ein gleiches Vorgehen seitens des Wiener Arbeiterrates.

In Holland haben sich Minister und Abgeordnete dafür ausgesprochen und Pazifisten sind mit der Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes beschäftigt. In der Schweiz beauftragte der Bundespräsident einen hervorragenden Juristen mit der Prüfung der Grundprinzipien eines Völkerbundes und Vorlegung eines Gutachtens darüber an den Bundesrat.

In England hat Grey die Frage wieder angeregt, durch eine kürzlich erschienene Broschüre, in der er seine Stellung zur Sache eingehend begründet. Während Lord Robert Cecil noch im Februar ds. Js. Wert darauf legte, alle Großmächte als gleichberechtigte Mitglieder an der Gründung eines Völkerbundes zusammenzurufen, veranlaßte der englische Minister Barnes neuerdings die holländische Regierung, die vorbereitenden Schritte zu unternehmen, um einen Bund allein der alliierten und neutralen Staaten mit Ausschluß der Mittelmächte herbeizuführen.

In Amerika sprach Wilson sich wiederholt für den Völkerbund aus; die Frage steht in den Tageszeitungen ständig zur Debatte.

Die deutsche Regierung hat sich in der Antwort auf die Papstnote grundsätzlich mit der Errichtung eines Völkerbundes einverstanden erklärt. Nachdem jetzt die Frage bei den verschiedenen Völkern wieder in Fluß gekommen ist, hält der endesunterzeichnete Deutsche Frauenausschuß für dauernden Frieden es für durchaus erforderlich, daß Deutschland sich nochmals dazu äußert, um nicht wieder wie schon so häufig sich selbst zu isolieren. Er ersucht daher:

der deutsche Reichstag wolle eine Kommission einsetzen, welcher die Aufgabe überwiesen wird, die Grundlagen der Verwirklichung eines allgemeinen Völkerbundes zu studieren und unter eingehender Berücksichtigung der gleichgerichteten Arbeiten der Regierungen, Parlamente und sonstiger Körperschaften anderer Staaten eine Verfassung eines Weltvölkerbundes aufzustellen.

Durch die Ausführung dieses Antrages würde der Deutsche Reichstag den Wünschen weiter Volkskreise entgegenkommen und den ausländischen Freunden und Gegnern den Beweis erbringen, daß man in Deutschland ernstlich gewillt ist, mit allen Staaten der Welt in gemeinsamer Arbeit die Grundlage zu schaffen, die ein dauerndes friedliches Zusammenleben der Völker ermöglicht.

Die Unterzeichneten hoffen bestimmt, daß das hohe Haus die dringende Notwendigkeit des gestellten Antrages anerkennen und ihm entsprechen werde.“

Die Propaganda war in diesem Jahre durch Verbote aller Art, Ausweisungen und strenge Überwachungen sehr erschwert, fast unmöglich gemacht; trotzdem gelang es dem tatkräftigen Vorgehen unserer Vertrauensperson in Frankfurt am Main die II. Tagung der Vertrauenspersonen auf den 25. Mai einzuberufen. Sie verlief wie die vorjährige sehr harmonisch und wurde mit einer sehr gut verlaufenen, leider nicht öffentlichen Versammlung beschlossen, auf der die Forderungen der Frauen für die Zeit nach dem Kriege erörtert wurden.

Die Verbindung mit dem Auslande war in diesem Jahre fast vollständig unterbunden. Pässe für eine internationale Zusammenkunft von Frauen im April in Bern wurden deutschen Frauen verweigert mit der Begründung, daß die Entente-Länder sie ihren Frauen auch nicht bewilligt haben. Merkwürdig, daß die Regierungen einander immer nur dann nachahmen, wenn es sich um Reaktion, Brutalität und sonstige verabscheuungswürdige Maßnahmen handelt, daß sie aber sofort auf Nachahmung verzichten, wenn Fortschritt, Freiheit und schönes menschliches Vorgehen zum Ausdruck kommen soll. Trotz der allseitigen Paßschwierigkeiten fand in Bern zwar eine internationale Zusammenkunft von Frauen statt, doch waren es ausländische Frauen, die sich zufällig in der Schweiz aufhielten. So kam etwas ganz anderes zustande als ursprünglich beabsichtigt worden war: nämlich eine Zusammenkunft der Vertreterinnen der Nationalen Frauenausschüsse für dauernden Frieden.

Im Oktober ging nach Holland folgendes Telegramm ab: „Rettet den Weltfrieden durch Anrufung Eurer Königin, ihre geäußerte Absicht einer Friedensaktion im Bunde mit allen Neutralen auszuführen.“

Nur ein Rechtsfriede gewährleistet Dauerfrieden, Völkerbund, Abrüstung und Entmilitarisierung.“

Auch die Frauen Schwedens und der Schweiz wurden in gleichem Sinne verständigt. Aus Schweden traf umgehend die Antwort ein: „Wir wollen alles versuchen.“

So kam der November herbei, der die Revolution brachte! Konsequente Menschen, die Gegner des Krieges sind, pflegen im allgemeinen auch Gegner von Revolutionen zu sein, deren Verlauf durch Blutvergießen gekennzeichnet ist.

Aber die deutsche Revolution von 1918 schien einen anderen Verlauf nehmen zu wollen. Fast ohne Verlust an Menschenleben und ohne Anwendung von Gewalt stürzten 21 Fürstenhäuser zusammen. Überlebt und in sich morsch, verschwand lautlos die vielundertjährige monarchische Herrschaft. Ihre Vertreter auf dem Throne waren beseitigt, Waffenstillstand war geschlossen, die Menschenschlachtereie beendet und die deutschen Frauen befreit von der Schmach, Bürger zweiten Grades zu sein. Was immer noch folgen würde, Schlimmeres als die Qualen der Frauen daheim um ihre Lieben, die an der Front, in der Hölle der Schlacht, in den Lazaretten, oder als Kriegsverweigerer und politische Verfolgte in den Gefängnissen schmachteten, konnte nicht mehr kommen. Die empörende Herrschaft des Militarismus schien endlich gebrochen!

Ein Aufatmen ging durch die Reihen aller wahrhaften Pazifisten, ein Alb, der sie fast alle erdrückt hatte, war von ihnen genommen.

Das Leben schien wieder lebenswert! „Auf; zu neuen Taten!“ so jubelte man der Sonne entgegen, die in jenen denkwürdigen Novembertagen glänzende, warme Strahlen auf die junge deutsche Republik herniedersandte.

Mit diesem hoffnungsfreudigen Bild schließt der Bericht über die Tätigkeit deutscher pazifistischer Frauen während des Weltkrieges.

Die Frauen kämpften ihrer Überzeugung gemäß ehrlich, um einsehen zu müssen, daß kein Raum ist für wahres Menschentum, wo brutale militärische Gewalt herrscht. Und dennoch ist auch die Arbeit des Deutschen Frauenausschusses für dauernden Frieden nicht vergeblich gewesen. Sie hat mitgeholfen, die Internationale, d. h. die Frauen-Internationale — denn die Männer-Internationale hat schmachlich versagt —, während all der Kriegsjahre aufrecht zu erhalten, sie hat Manches geleistet, verursacht und angebahnt und vor allem Zukunftsgeist vorbereitet, der sich ausreifen und bewähren wird. Der Name des Deutschen Frauenausschusses war wohlbekannt: von den falschen Patrioten gehaßt und geschmäht, von Regierenden und Militärs gehaßt und gefürchtet, von der kleinen Schaar seiner Anhänger hochgehalten.



# Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit

## Deutscher Zweig

steht auf dem Boden der Beschlüsse der **Internationalen Frauenkongresse vom Haag 1915 und Zürich 1919**, zu denen sich bis heute Frauen von 21 Ländern bekennen:

Australien, Belgien, Bulgarien, Canada, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Holland, Indien, Irland, Italien, Neu-Seeland, Norwegen, Österreich, Polen, Schweden, Schweiz, Ungarn, Vereinigte Staaten von Amerika.

### Programm:

1. Politische Schulung und Aufklärung der deutschen Frauen ohne Verfolgung parteipolitischer Tendenzen, was aber nicht hindern wird, diese oder jene von Parteien aufgestellte Forderung zu vertreten.
2. Einführung der Frauen in alle Behörden und Verwaltungsstellen im inneren wie im äußeren Dienst.
3. Unterstützung der vorhandenen und Aufstellung neuer Forderungen auf erzieherischen, politischen, gesetzgeberischen, sozialen und wirtschaftlichen Gebieten, die geeignet sind, den Wiederausbruch von zwischenstaatlichen und Bürgerkriegen zu verhindern und die freiheitliche kulturelle Höherentwicklung aller Volksgenossen zu fördern.
4. Unterstützung und Neuschaffung internationaler Beziehungen.

### Geschäftsführung:

1. Die Geschäftsführung der **Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit** wird in Deutschland von 5 Beauftragten erledigt.
2. In allen Städten werden Vertrauenspersonen angeworben oder die Errichtung von Geschäftsstellen angeregt, die ihre Angelegenheiten nach eigenem Ermessen ordnen. An Orten ohne Geschäftsstelle oder Vertrauensperson können sich Einzelmitglieder durch Meldung bei einer der 5 Beauftragten und Zahlung eines Jahresbeitrages von mindestens Mk. 1.— der Internationalen Frauenliga anschließen.
3. Tagungen werden nach Bedarf von den Beauftragten, oder von 10 Geschäftsstellen bzw. 10 Vertrauenspersonen einberufen. Geschäftsstellen oder Vertrauenspersonen entsenden für jedes angefangene Hundert ihrer Mitglieder 1 Delegierte, jedoch im Ganzen nicht mehr als 5.
4. Die Tagung beschließt über alle Angelegenheiten mit einfacher Majorität. Stimmberechtigt sind die anwesenden Delegierten und Beauftragten.
5. Ein Finanzausschuß regelt die Kassenangelegenheiten. Er erhält von den Geschäftsstellen oder Vertrauenspersonen jährlich 20 Prozent ihrer Mindestbeiträge.

### Die 5 Beauftragten:

**Dr. Anita Augspurg,**

Burg Sonnensturm, Post Icking, Isartal (Oberbayern).

**Lida Gustava Heymann,**

München, Kaulbachstr. 21, Ghs. I.

**Dr. Olga Knischewsky,**

Wiesbaden, Rheinstr. 34/I.

**Thea Mertelmeyer,**

Berlin W. 30, Starnbergerstr. 8/IV.

**Frida Perlen,**

Stuttgart, Schottstr. 42.